

Nr. 406 | 20.09.2021

Russland-Analysen

30 Jahre Zerfall der Sowjetunion – Generationen

■ KOMMENTAR	
Nur ein Menschenleben lang Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	2
Staatenlosigkeit nach dem Zusammenbruch der UdSSR Olga R. Gulina (RUSMPI UG, Institute on Migration Policy, Berlin)	3
Der Generationenaspekt beim Zusammenbruch der Sowjetunion Mikhail Anipkin (Alexander Consultancy Limited, Colchester)	6
Dreißig Jahre Transformation des russischen Hochschulwesens Anna Smolentseva (Higher School of Economics, Moskau)	7
Die Jugend und die Generationen im postsowjetischen Russland: 30 Jahre nach dem Zusammenbruch Charlie Walker (Universität Southampton)	10
Unternehmerinnen in Russland Ann-Mari Sätre (Universität Uppsala)	11
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
30 Jahre umsonst? Jens Siegert (Moskau)	13
■ UMFRAGE	
Sehnsucht nach der UdSSR	16
■ DEKODER	
Das Licht einer enttäuschten Hoffnung Swetlana Alexijewitsch, Ekaterina Schulmann, Iwan Krastew, Artyom Shraibman, Irina Michno (Kyky)	19
■ DEKODER	
Misstrauen auf allen Ebenen Andrej Sinizyn (Republic)	22
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 02. August – 12. September 2021	25
■ CHRONIK	
05. – 12. September 2021	26

Nur ein Menschenleben lang

Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Die Sowjetunion bestand nur ein Menschenleben lang, fast 70 Jahre, von Dezember 1922 bis Dezember 1991. Sie konnte nur eine Generation begeistern, sich verpflichten und an sich binden, oder, je nach Lesart: nur eine Generation als Geisel nehmen und in Angst und Schrecken halten. Die drei nachfolgenden sowjetischen Generationen brachen alle auf ihre Art aus und entwickelten alternative Ideale und Lebenswelten.

Die Angehörigen der ersten sowjetischen Generation waren im Durchschnitt im Jahr 1906 geboren und erlebten noch als Kinder das Zarenreich. Sie stammten aus armen Verhältnissen, waren Arbeiter- oder Bauernkinder, kannten Hunger, Not und Ausbeutung. Vor diesem finsternen Hintergrund versprach ihnen die Revolution eine lichte Zukunft. Viele schlossen sich als Jugendliche im Bürgerkrieg den Roten an, leisteten in den 1920er Jahren Aufbauarbeit in Gewerkschafts- oder Parteiorganisationen und wurden als Lohn zum Studium abkommandiert. Auf zwei Jahre Arbeiterfakultät folgten ein Ingenieursstudium und eine Tätigkeit in der Produktion oder auf den (Groß-)Baustellen der 1930er Jahre. Der Große Terror 1937/38 sorgte dafür, dass die »Neuen Menschen« die Leitung von Industrie und Wirtschaft, Staat und Partei übernahmen.

So lautete nicht nur das Meisternarrativ der Parteipropaganda; in diesen Formeln erzählten die Erbauer*innen der Sowjetunion auch selbst ihren Lebensweg, und zwar ganz gleich, ob vor oder nach 1991, ob öffentlich oder privat. Ab 1940 besetzte diese Generation der Aufsteiger, wie sie auch genannt wurde, – nur sehr selten waren es Aufsteigerinnen – die Hälfte bis über 90 Prozent der Posten in den Ministerien, im Zentralkomitee und im Politbüro der KPdSU. Der Westen wurde von Juristen regiert, die Sowjetunion von Ingenieuren. Als Grund für diese hohe Affinität und Loyalität dieser 1906er-Generation werden je nach Erklärungsansatz sehr unterschiedliche Faktoren genannt: Angst und Alternativlosigkeit (Totalitarismus); soziale Mobilität (Sozialgeschichte); die Prägung durch sowjetische Normen und Werte bzw. Diskurse (Kulturgeschichte). Unabhängig davon ist festzuhalten, dass die Bindung an das Regime stark an die Erfahrung dieser einen Generation geknüpft war.

Michail Gorbatschow war das nach langer Zeit erste Politbüromitglied, das nicht dieser Generation angehörte, nicht Ingenieurwissenschaft studiert und nicht Militärangehöriger im Krieg gewesen war. Er gehörte zur zweiten sowjetischen Generation, den *Schestidesjatniki* – den »Sechzigern« –, wie sie genannt wurden. Sie waren die Nachkommen der Erbauer*innen, in den 1930er

Jahren geboren, und hatten den Terror und den Krieg als Kinder erlebt. Geprägt aber hatte sie das Tauwetter unter Nikita Chruschtschow 1953 – 1964, die Öffnung der Gesellschaft, die Möglichkeit, abweichende Meinungen zu äußern und wieder laut zu lachen. Dies gab ihnen den Impuls, sich ab den 1960er Jahren für eine bessere Sowjetunion einzusetzen, sei es im System, wie Gorbatschow, oder jenseits davon: per Petitionen und Protestbriefen, mit selbstverlegten Schriften (*Samisdat*) und bald den ersten Menschenrechtskomitees. Während die »loyalen Dissidenten« bzw. »Reformer im System« überlebten und teils später zu Gorbatschows Mannschaft gehörten, zerschlug der KGB systematisch alle Gruppierungen, die abweichende Meinungen äußerten: Die Andersdenkenden wurden verhaftet, verbannt, außer Landes gezwungen oder zwangspsychiatriert.

Die dritte sowjetische Generation waren die Kinder der *Schestidesjatniki*, die »Baby Boomer«, um 1950 geboren – und wenig an Politik interessiert. Weder teilten sie das Pathos ihrer Großeltern noch das Unbehagen ihrer Eltern; für sie zählte v. a. eine gute Ausbildung, eine erfolgreiche Karriere, die Partizipation an Kunst und Kultur, das Streben, zur sowjetischen Elite zu gehören. Maiparaden, Revolutionsfeiern, Parteitage und Generalsekretäre nahmen sie als gegeben und Teil des sowjetischen Alltags unhinterfragt zur Kenntnis. Im besten Foucault'schen Sinne manifestierte sich das Sowjetregime vollends erst mit und in ihnen, die weder ein Leben ohne Sowjetunion kannten, noch es sich vorstellen konnten, geschweige denn herbeisehnten.

Ganz anders verhielt es sich dagegen mit der vierten und letzten sowjetischen Generation, den »zynischen Konformist*innen«, wie sie auch genannt werden: Die soziopolitischen Strukturen, die ihre Eltern als Basis für ihr Leben akzeptiert hatten, verhöhnten sie; statt Bildung interessierte sie Konsum, statt Autorität beeindruckte sie das Ausland; statt gesellschaftlicher Anpassung lebten sie Subversion in vielen kleinen Akten, vom Jeanstragen bis zum Hören verbotener Rockmusik.

Zu all den Erklärungsansätzen, warum die Sowjetunion zusammenbrach, gehört zentral der Aspekt der Generationen: Mit dem Tod der ersten sowjetischen Generation ging auch die Sowjetunion unter; die nachfolgenden waren nicht bereit, dieses politische System bis aufs letzte Hemd zu verteidigen, wie es die 1906er getan hatten: Es war ihr Land, dass sie in den 1930er Jahren aufgebaut, für das sie die Kollektivierung und den Großen Terror durchgestanden hatten, das sie im Großen Vaterländischen Krieg verteidigt und später von

den »stalinistischen Auswüchsen« befreit hatten. Es war ihr Lebenswerk, nicht das ihrer Kinder oder Kindeskin- der, schon gar nicht der Urenkel.

So sehr sich die Generationen in ihrer Haltung zum gesellschaftspolitischen System und teils auch in ihren Werten unterschieden haben mögen, so sehr einte sie ein gemeinsamer Habitus (abweisend zu Fremden, großzügig zu Freunden), eine gemeinsame Erwartungshaltung (der Wohlfahrtsstaat kümmert sich um alles), gemein- same Alltagserfahrungen (Schlangestehen und die Orga- nisation von Defizitprodukten) und ihr Aktionsradius (keine Auslandsreisen, aber das ganze Sowjetreich als Heimat). Den *homo sovieticus* gab es wirklich und alle vier Generationen gehörten dazu. Als Ausländerin fiel man in der UdSSR sofort auf, und das lag nicht nur an Kleidung und Brillengestellen, sondern auch an einer anderen Mimik und Gestik. All diese feinen, aber für jede*n wahrnehmbaren Unterschiede sind heute ver- schwunden: Kleidung, Gesten, Lachen haben sich inter- nationalisiert; Auslandsreisen sind genauso normal wie, dass sich jede*r selbst um Arbeitsplatz und Wohnung kümmern muss. Wörter wie »bisnismen«, »shopping« und »uik-end« gehören lange zum russischen Sprach- gebrauch. Was der *homo sovieticus* war, ist für die heute dreißigjährigen Russ*innen nicht mehr vorstellbar.

Auf das Verschwinden eines kulturellen Phäno- mens haben erste Autorinnen reagiert: Ljudmila Alek- sejeva (1928 – 2018), die Grande-dame der sowjeti- schen Menschenrechtsbewegung, hat ihr Buch über

die Tauwetter-Generation, das sie 1990 auf Englisch schrieb, um der westlichen Welt die Lebensverhält- nisse in der UdSSR zu erläutern, erst 2006 auf Rus- sisch veröffentlicht, als sie den Eindruck gewann, dass die jungen Leute nichts mehr von der Sowjetzeit wus- ten. 2018 hat die große Krimi-Autorin Alexandra Mari- nina (*1957) einen dreibändigen Roman veröffentlicht, in dem ein exzentrischer Remigrant im heutigen Rus- land junge Leute mit Geld für eine Art »Big Brother« ködert, wo sie abgeschieden von der Öffentlichkeit und modernen Kommunikationsmitteln typische Situati- onen des sowjetischen Alltagslebens mit den damals ver- fügbaren Mitteln meistern müssen. Darin können sich die jungen Leute weder vorstellen, dass es damals kein Telefon in jedem Haushalt geschweige denn Internet gab, noch dass eine Mutter sonntags einen großen Topf Borschtsch kochte, der dann die ganze Woche reichen musste. So langatmig und teils übertrieben dieser Roman wirken mag, umso deutlicher bringt er auf den Punkt, dass die meisten sowjetischen Lebens- realitäten für die nachgeborenen Generationen unvor- stellbar und absurd sind. Es ist dies das gefährliche am Regime Putins: Es geht nicht mit Mangelverwal- tung, eingeschränkter Freizügigkeit und technologi- scher Rückständigkeit einher; das autoritäre Regime gibt sich heute fortschrittlich, flott und modern. Die Sowjetgenerationen wussten, dass sie in einer ande- ren Welt lebten; die jungen Russ*innen tun dies nicht.

Über die Autorin

Prof. Dr. Susanne Schattenberg ist Historikerin und Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Parteiführer Chruščev und Brežnev, der *homo sovieticus*, Dissens und Konsens. 2017 ist ihr Buch »Leonid Bresch- new. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie« beim Verlag Böhlau erschienen.

Staatenlosigkeit nach dem Zusammenbruch der UdSSR

Olga R. Gulina (RUSMPI UG, Institute on Migration Policy, Berlin)

Die Staatsbürgerschaft stellt eine rechtliche Verbin- dung zwischen Staat und Individuum dar, die dem Individuum die Ausübung seiner Rechte und Freiheiten garantiert, ihm Pflichten auferlegt und Schutz gewährt. Die Staatenlosigkeit hingegen bezieht sich auf eine Situa- tion, in der ein Staat eine Person nicht als Staatsbürger im Sinne des Gesetzes anerkennt (De-jure-Staatenlo- sigkeit) oder wenn die Staatsbürgerschaft einer Person unwirksam ist (De-facto-Staatenlosigkeit).

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR waren die Probleme der Staatenlosigkeit in den neuen unabhän-

gigen Staaten weitreichend: In einigen Staaten – Lett- land, Estland, Usbekistan – wurden einzelne Personen zu Nicht-Staatsbürgern im Sinne der neuen Gesetze und unterlagen damit Diskriminierungen. In anderen Post- sowjetischen Staaten – Russland, Kasachstan, Kirgisi- stan, Tadschikistan – befanden sich Hunderttausende Bürger der ehemaligen UdSSR in einer Situation der Staatenlosigkeit, da die Staatsbürgerschaft der von der Weltkarte verschwundenen UdSSR für sie unwirksam war und die Staatsbürgerschaft der neuen unabhän- gigen Staaten unzugänglich wurde.

Staatenlosigkeit de jure

Beide Formen bringen eine schwerwiegende Einschränkung von Rechten mit sich, so z. B. in Lettland, wo Staatenlose von Wahlen, einigen Kirchen- und Staatsämtern und einigen Rechtsberufen wie Anwalt oder Notar ausgeschlossen werden. In Estland ist es den Nicht-Staatsbürgern untersagt, Stellen in Behörden und kommunalen Selbstverwaltungen zu bekleiden, Notar, Gerichtsvollzieher, Patentanwalt, vereidigter Übersetzer, Schiffslotse u. a. m. zu sein.

Eine solche Unterscheidung und Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte wurden in Litauen nicht beobachtet, und dies ist weitgehend das Verdienst der offiziellen Behörden des Landes. Nachdem Litauen die Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde per Gesetz ein recht einfaches Verfahren für den Erwerb der Staatsbürgerschaft festgelegt: Die Staatsbürgerschaft des Landes wurde jeder Person verliehen, die u. a. vom 09.01.1919 bis 15.06.1940 im litauischen Staatsgebiet lebte, sowie drei Generationen von Nachkommen – Kindern, Enkeln und Urenkeln – gewährt. Das Staatsangehörigkeitsgesetz der Litauischen SSR 1989 legte ferner fest, dass »sonstige Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ihren ständigen Wohnsitz im litauischen Staatsgebiet und einen festen Arbeitsplatz oder eine dauerhafte legale Existenzgrundlage hatten, verpflichtet sind, ihre Staatsangehörigkeit binnen zwei Jahren frei zu bestimmen«. Dieser Ansatz ermöglichte es dem Land, die diskriminierende Spaltung der Gesellschaft in Bürger und Nicht-Staatsbürger zu vermeiden.

Im Gegensatz zu Litauen gab es in Lettland und Estland eine beträchtliche Zahl von Nicht-Staatsbürgern, aber ihr rechtlicher Status und das Interesse der Staaten an der Bekämpfung solcher diskriminierenden Praktiken waren auffallend unterschiedlich. Nach dem lettischen Gesetz »Über die Rechtsstellung ehemaliger Staatsbürger der UdSSR« ist ein Nicht-Staatsbürger eine Person, die weder die Staatsbürgerschaft Lettlands noch eines anderen Staates erworben hat und das Recht hat, einen von der Republik Lettland auszustellenden Nicht-Staatsbürger-Pass zu erhalten. In Estland gibt es keine gesetzliche Definition des Begriffs »Nicht-Staatsbürger«, da das Ausländergesetz von 1993 nicht zwischen Ausländern und Staatenlosen unterscheidet. Damit schaffen beide Staaten Rechtsgrundlagen, die es der letzten Generation von russischsprachigen Trägern des sowjetischen Passes schwierig machen, sich vollends zu integrieren und vollwertige Bürger des jeweiligen Landes zu werden.

2020 lebten in Lettland 1,9 Millionen Einwohner; 10,6 % bzw. 197.888 von ihnen waren Nicht-Staatsbürger, z. Vgl.: 1993 waren es 33,6 % bzw. 876.436 Menschen. Das Verfassungsgericht des Landes stellte 2005 sogar fest, dass der Status von »Nicht-Staatsbürgern«

eine »neue, bisher unbekannte Kategorie von Personen« im Staatsgebiet des Landes darstellt. Das Verfassungsgericht konsolidierte regelmäßig die Rechtspraxis, wonach »Nicht-Staatsbürger« »weder als Staatsbürger, noch als Ausländer, noch als Staatenlose angesehen werden können«, da der Status des »Nicht-Staatsbürgers« ein stabiles Rechtsverhältnis zwischen der Republik Lettland und ihren »Nicht-Staatsbürgern« voraussetzt und damit die Situation der Staatenlosigkeit (im klassischen Sinne) ausschließt. Dieser Ansatz wurde von internationalen und europäischen Institutionen immer verurteilt. Im Jahr 2000 verabschiedete der lettische Seimas schließlich ein Gesetz, das die Verleihung des Nicht-Staatsbürgerstatus an Neugeborene verbietet, was jedoch nicht zu einer Verringerung von Nichtstaatsbürgern in anderen Altersgruppen führt. Die damit verbundenen Probleme überlässt man der Zeit.

Trotz einer Reihe von Maßnahmen des estnischen Staates gibt es in Estland immer noch das Phänomen der Nicht-Staatsbürger. 2016 entfielen in Estland auf 1,3 Millionen Einwohner sechs Prozent bzw. 82.000 Nicht-Staatsbürger; 2011 betrug der Anteil der Personen mit unbestimmter Staatsbürgerschaft sieben Prozent gegenüber 32 Prozent im Jahr 1992. Jahr für Jahr nimmt die Zahl der Nicht-Staatsbürger ab, da Nicht-Staatsbürger aktiv die Staatsbürgerschaft Russlands oder anderer neuer unabhängiger Staaten wie der Ukraine annehmen.

Das Parlament des Landes trägt durch die Änderung des estnischen Staatsangehörigkeitsgesetzes dazu bei, das Phänomen der Staatenlosigkeit im Land einzudämmen. Das Gesetz von 1998 erkannte das Recht auf die estnische Staatsbürgerschaft ohne obligatorische Ablegung der Prüfung in den Kenntnissen der Staatssprache für Minderjährige an, die nach dem 26.02.1992 in Estland geboren wurden und deren Eltern seit mindestens 5 Jahren in Estland lebten. Die Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2019 haben auch den Zugang zur Staatsbürgerschaft für diejenigen, die in Estland studiert haben, und für diejenigen, die über 65 sind, vereinfacht. All diese aktiven Maßnahmen führen zu einem Rückgang der Zahl der Nicht-Staatsbürger in Estland, beseitigen jedoch nicht die diskriminierenden Praktiken der Verletzung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Rechte von Nicht-Staatsbürgern.

Das usbekische Gesetz über die Staatsangehörigkeit von 1992 garantierte die Staatsbürgerschaft des unabhängigen Usbekistans nur denjenigen, die vor dem 28. Juli 1992 in Usbekistan ihren ständigen Wohnsitz hatten und dort registriert waren. Infolgedessen lebten 2019 97.346 Staatenlose im Land, von denen 49.228 Menschen (50,6 Prozent aller Staatenlosen im Land) nach dem Zusammenbruch der UdSSR staatenlos wurden. Das Phänomen der Staatenlosigkeit in Usbekistan hat keine ausgeprägte ethnische Konnotation, obwohl vor

allem Einwohner der ehemaligen UdSSR, die wegen eines Bürgerkriegs in Tadschikistan ins benachbarte Usbekistan geflohen sind, und jene Sowjetbürger, die Anfang der 1990-er Jahre in das Land zurückgekehrt sind, statistisch gesehen keine Pässe im unabhängigen Usbekistan besitzen. Die Situation der Staatenlosigkeit soll durch die Neufassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. März 2020 geändert werden.

Apatriden de facto

Das Völkerrecht hat unter dem Begriff »Apatride« lange Zeit nur eine Person verstanden, die nicht Staatsbürger eines Staates kraft seines Rechts werden kann. Nur in der Schlussakte des Übereinkommens von 1961 wurden Empfehlungen für die Staaten aufgenommen, die sicherstellen sollten, dass die Staaten die De-facto-Staatenlosen genau so wie die De-jure-Staatenlosen behandeln und ihnen die Möglichkeit geben, eine effektive Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Von 2014 bis 2019 hat die kirgisische Regierung mit Unterstützung des UNHCR Aktivitäten unternommen, um im Land lebende Nicht-Staatsbürger zu identifizieren und ihnen die Staatsbürgerschaft zu verleihen. In dieser Zeit haben mehr als 13.700 Staatenlose und Personen mit unbestimmter Staatsangehörigkeit Pässe und Staatsbürgerschaft der Kirgisischen Republik erworben. Kirgisistan hat 2019 als erstes Land in Eurasien und weltweit diese Empfehlungen umgesetzt und das Problem der Staatenlosigkeit damit gelöst.

Bis heute sind im postsowjetischen Raum internationalen Experten zufolge 7.111 Einwohner Turkmenistans, 47.746 Einwohner Tadschikistans, 7.757 Einwohner Kasachstans Apatriden de facto, alle sind größtenteils Inhaber von UdSSR-Pässen. Es ist wichtig zu beachten, dass der Status eines Staatenlosen in Kasachstan und in Russland keine Verletzung der Rechte der Einzelperson mit sich bringt: Staatenlose und Staatsbürger haben die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Damit gehen beide Staaten aktiv gegen die Diskriminierungen der letzten Generation von Sowjetbürgern ohne aktuelle Staatsbürgerschaft vor, auch wenn sie das Problem der Staatenlosigkeit durch die Vergabe von Staatsbürgerschaften nicht lösen können.

Fragen der Staatenlosigkeit sind politisch komplexe Themen, weshalb Länder aus verschiedenen Gründen den internationalen Konventionen zu Staatenlosigkeit und Rechten von Staatenlosen nicht beitreten. Belarus, Russland, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan haben weder das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954 noch das Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961 unterzeichnet. Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Lettland, Litauen, Moldawien, Turkmenistan und die Ukraine sind Vertragsparteien der beiden UN-Konven-

tionen, die von ihnen Maßnahmen wie z. B. die Verleihung der Staatsangehörigkeit an jede geborene Person in ihrem Hoheitsgebiet, die sonst staatenlos wäre, einfordert.

Strategie Russlands: Fehler aus der Vergangenheit korrigieren

Der Zusammenbruch der UdSSR machte Hunderttausende von Sowjetbürgern zu Menschen ohne Heimat, Staatsbürgerschaft und Pässe. Die meisten von ihnen waren im Gebiet des neuen unabhängigen Russlands ansässig. Das Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Russischen Föderation von 1991 war unvollkommen und erlaubte nicht jedem Bürger der ehemaligen UdSSR, der in der Russischen Föderation lebte, die russische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Nach dem damals geltenden Gesetz konnten Bürger der ehemaligen UdSSR mit alten Dokumenten in Russland leben, und die schrittweise Ersetzung sowjetischer Dokumente durch russische war bis Dezember 2005 möglich. All diese Faktoren zusammen führten dazu, dass es eine große Anzahl von Staatenlosen im Gebiet der Russischen Föderation gab. Laut Experten lebten in Russland im Jahr 2019 68.209 Staatenlose; 2018 – 75.679; 2017 – 82.148; 2016 – 90.771.

Im Jahre 2003 wurde Art. 14-4 des Staatsangehörigkeitsgesetzes geändert, der nun festlegte, dass ehemalige Staatsangehörige der UdSSR »in der Russischen Föderation vereinfacht eingebürgert werden, wenn sie ihren Wunsch bekunden, die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation zu erwerben«. 2014 wurde das erleichterte Verfahren zum Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft auf alle »Muttersprachler der russischen Sprache« ausgeweitet. Heute wird ein Gesetzentwurf »Über die Wiedereinbürgerung in der Russischen Föderation« diskutiert, der allen Landsleuten, einschließlich der Staatsangehörigen der unabhängigen Staaten und Staatenlosen, die innerhalb und außerhalb des Gebietes der Russischen Föderation leben, das Recht auf die Wiedereinbürgerung oder Staatsbürgerschaft gewährt, wenn sie an der russischen Staatsbürgerschaft interessiert sind und die russische Sprache in der Familie und im Alltag frei verwenden.

Eine solche Ausweitung der russischen Pässe, die Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft für Bürger anderer postsowjetischer Staaten, können und sollen als Korrektur der Fehler der Vergangenheit und als neues Instrument des geopolitischen Einflusses Russlands betrachtet werden. Experten sind zuversichtlich, dass dieser Ansatz Russlands »ein Faktor ist, der den postsowjetischen Raum neu zementieren wird« und das Phänomen der Staatenlosigkeit sowohl in Russland selbst als auch in Eurasien indirekt ausrottet.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Olga R. Gulina promovierte 2010 an der Universität Potsdam in Migration Studies und 2002 zur Doktorin der Rechtswissenschaften an der Baschkirischen Staatlichen Universität. Sie ist Mitbegründerin des RUSMPI UG, Institute on Migration Policy.

Lesetipps / Bibliographie

- ISI (2020): Statelessness in numbers. [https://files.institutesi.org/ISI_statistics_analysis_2020.pdf] Accessed 3 August, 2021.
- Zevelev, I. (2021): Russia in the Post-Soviet Space: Dual Citizenship as a Foreign Policy Instrument. *Russia in Global Affairs*. Vol 19 (2): 10–37.
- EU Parliament (2020): Political and Electoral Rights of Noncitizen Residents in Latvia and Estonia: Current Situation and Perspectives, [[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/604953/IPOL_BRI\(2018\)604953_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/604953/IPOL_BRI(2018)604953_EN.pdf)] Accessed 3 August 2021.

Der Generationenaspekt beim Zusammenbruch der Sowjetunion

Mikhail Anipkin (Alexander Consultancy Limited, Colchester)

Ein Hauptgrund für den Zusammenbruch der UdSSR ist wohl in der Generationenkrise innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zu sehen, nämlich in der mangelnden oder gar völlig ausgebliebenen personellen Erneuerung an der Spitze der Parteihierarchie. Ein unzureichender oder gar fehlender Generationswechsel in den Führungsgremien war in der späten Sowjetunion und ist im modernen Russland ein angestammtes Problem, das bis heute anhält und die jüngeren Generationen betrifft.

Breschnews Generation konnte vor allem deshalb schnell in Spitzenpositionen aufgestiegen, weil es vor dem Krieg die Massensäuberungen unter Stalin gegeben hatte, die in Wirklichkeit eine Verjüngungskur in den herrschenden Strukturen der Nomenklatura bedeutete, auch wenn Stalin es nicht unbedingt als Instrument für einen Generationswechsel gesehen haben mag. Nachdem Leonid Breschnew 1964 an die Macht gekommen war, hatte diese Generation die führenden Posten inne – für die nächsten 20 Jahre (und manchmal gar länger). Sie machten der nächsten Generation, der Generation ihrer Kinder, die in den späten 1930er, frühen 1940er Jahren geboren waren, den Weg nicht frei. Diese Generation der *Schestidesjatniki* (die Generation der »Sechziger« der Tauwetterperiode) wurde von der Breschnew-Generation übergangen und musste nahezu bis 1989/90 auf weniger bedeutenden Posten verharren. Selbst nach dem Antritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär änderte sich die Lage nicht grundlegend. Bekanntermaßen hat Gorbatschow, nachdem er 1985 Führer der Sowjetunion wurde, den 76-jährigen Andrej Gromyko zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR gemacht.

Es hat meiner Ansicht nach eine Kluft zwischen den Generationen gegeben, die dann in den regionalen Parteihierarchien in eine »Meuterei der Vierziger« (der in den 1940er Jahren Geborenen) mündete. Dieses Aufbegehren richtete sich 1989/90 quer durch die Sowjetunion gegen die ältere Generation in den Gebiets-, Regions- und Republikkomitees der KPdSU. Der Fall Wolgograd ist nur ein Beispiel für diese Kluft zwischen den Generationen.

Der ausgebliebene Generationswechsel in den Führungsgremien war für die KPdSU ein riesiges Problem, das sich Mitte der 1970er Jahre weiter verschärfte. Das war die Zeit, als jüngere Männer und Frauen, die seinerzeit Ende dreißig, Anfang vierzig waren und bereits über beträchtliche Erfahrung verfügten, Führungspositionen in der Kommunistischen Partei hätten übernehmen können. Der Generationswechsel, der hier hätte stattfinden sollen, blieb aus. Das war eine wesentliche Ursache für den Unmut unter den Apparatschiks der KPdSU.

Die große Sehnsucht nach einem Generationswechsel in den oberen Etagen der Parteihierarchie und die immer größer werdende, gegen das Establishment gerichtete Volksbewegung in den großen Städten fielen zeitlich zusammen. Dadurch hat vor allem 1989 und 1990 in vielen Regionen der UdSSR an der Spitze der Parteistrukturen ein Verjüngungsprozess stattgefunden.

Dieser so sehr erwartete Generationswechsel setzte schließlich 1990 verbreitet auch bei den Schlüsselpositionen der Partei ein. In den Regionen war dieser Prozess besonders deutlich zu beobachten. Dies war auch der Grund, warum die Volksbewegungen in den Regionen von bestimmten Parteifunktionären unterstützt oder zumindest nicht behindert wurden. Ich bin überzeugt,

dass ein Generationswechsel in den Hierarchien der KPdSU, sobald dieser Prozess vollendet worden wäre, eine neue Generation mit demokratischen Visionen an die Spitze befördert hätte, wie es 1990 in Wolgograd der Fall war. Nachdem die Tätigkeit der KPdSU im August 1991 unterbunden wurde (ein vorübergehendes Verbot folgte im November), fand dieser Prozess erzwungenermaßen ein Ende. Das kann als Beginn eines gegen die Perestroika gerichteten Kurses betrachtet werden. Beim Beispiel Wolgograd, das von einem Vorbild für Demokratisierung zu einem Ort tiefsitzender Stagnation verfiel, erfolgte dieser Prozess deshalb so schnell, weil die natürlichen Rotationsmechanismen ausgesetzt wurden. Die gleichen Prozesse fanden auch in ganz Russland statt, allerdings erst später. Sie kamen dort ungefähr seit 2004 in Gang. Das Problem besteht darin, dass das gesamte Land derzeit wieder das gleiche Generationenproblem erlebt: Die Putin-Generation hat keinerlei Absicht, die Macht abzugeben. Somit könnte es in Russland auch in Zukunft zu einem öffentlichen Aufbegehren kommen, angetrieben von der Unzufriedenheit mit dem erneuten *Sastoj*, der neuen Stagnation beim Generationswechsel. Das könnte sehr wohl in einen weiteren »August 1991« münden.

Die Generationsfrage in Russland ist, so wie es sich gegenwärtig darstellt, in erster Linie Fortsetzung und Folge der Ereignisse von 1991, als die Sowjetunion

Über den Autor

Dr. Mikhail Anipkin wurde 2007 an der Universität Essex im Fach Soziologie promoviert und erhielt 2010 seine Habilitation als Soziologe an der Staatlichen Universität Wolgograd. Zuletzt war er Professor und Leiter des Soziologischen Instituts der Staatlichen Universität Wolgograd. Er ist gegenwärtig, im Vereinigten Königreich lebend, als unabhängiger Wissenschaftler tätig. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Soziologie der Generationen. Sein jüngstes Buch mit dem Titel »Partrabotnik« (2020 auf Russisch erschienen) erörtert die Verbindung zwischen der Generationenkrise in der KPdSU und dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

zusammenbruch. Gemeint ist hier der Umstand, dass die »Tauwetter-Generation« weggespült und die Generation der Babyboomer aus den 1950er Jahren, also die Putin-Generation, zum Nutznießer der Konterrevolution gegen die Perestroika wurde. Auf beunruhigende Weise zieht die Geschichte hier eine Grimasse: Russland erlebt jetzt das gleiche wie die UdSSR in ihren letzten Jahren, in der Zeit des *Sastoj*, nämlich eine Stagnation auf der personellen Ebene. Diese Wiederholung hat umso schlimmere Auswirkungen, als es nicht nur eine Generation betrifft, die deshalb verärgert ist, weil sie übersehen wird und auf weniger bedeutenden Posten landet, wie es in den 1970er und 1980er Jahren der Fall war: Die heutige Situation betrifft drei Generationen, und zwar längst nicht nur jene im Machtapparat. Eine dieser Generationen ließe sich als »letzte sowjetische Generation« bezeichnen (sie ist nach meinem Verständnis eine »verlorene Generation«). Hinzu kommen die Kinder dieser Generation sowie drittens einige Kinder der Putin-Generation. Der Fall der letzteren ist allerdings komplizierter. Putins Generation, die weiterhin die Macht in den Händen hält, hievt ihre Kinder Schritt für Schritt auf Schlüsselpositionen – allerdings nicht so schnell wie die es sich wünschten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Dreißig Jahre Transformation des russischen Hochschulwesens

Anna Smolentseva (Higher School of Economics, Moskau)

Das gegenwärtige russische Hochschulwesen ist historisch in der Sowjetzeit verwurzelt, unter anderem in den spätsowjetischen Versuchen einer Wiederbelebung der sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft durch eine Liberalisierung und die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen. Hinzu kommt die postsowjetische Negierung der sowjetischen Vergangenheit und eine wenig kohärente Kombination aus neuen marktwirtschaftlichen Regeln und fortgesetzter staatlicher Regulierung.

Das russische Hochschulwesen hat von der Sowjetunion eine solide Grundlage für eine potenzielle Wei-

terentwicklung übernommen. In dem weiten Land gab es eine große Zahl Universitäten und Hochschulen, wissenschaftliches Personal, einen Anteil von Studierenden, der seinerzeit mit dem in den USA und in Westeuropa vergleichbar war, und ein nach internationalen Maßstäben geringes Maß an Ungleichheit. In postsowjetischer Zeit wurde das Hochschulwesen dann weiterhin zentral kontrolliert und reguliert. Das Hochschulsystem wurde ausgebaut und der Anteil der Studierenden ist gestiegen (40 Prozent der 24- bis 35-jährigen absolvieren jetzt eine Hochschule, kurze Studiengänge nicht

mitgerechnet). Die Regierung verfolgt die Politik, auf Wettbewerbsbasis eine Gruppe starker Einrichtungen zu fördern, eine Stratifizierung des Systems herzustellen und die Bildungsmöglichkeiten und -ergebnisse in geringerem Maße anzugleichen.

Das spätsowjetische Erbe

Die Versuche zur Transformation der Sowjetunion in ihrer Spätphase und die neoliberale anglo-amerikanische Globalisierung fanden zeitgleich in den 1980er Jahren statt. Während die sowjetische Wirtschaft einen Niedergang erlebte, durchlief die westliche Welt eine Phase wirtschaftlicher Stagnation, nachdem in den 1970er Jahren das wohlfahrtsstaatliche Paradigma seine Dominanz verloren hatte. Die Antwort hierauf wurde in einer Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen in sämtlichen Bereichen sowie in einer Verringerung der Staatsausgaben und der staatlichen Regulierung gesehen. Diese Ansätze haben sich global verbreitet und sind zu beliebten politischen Instrumenten geworden.

Die sowjetische Regierung, für die Bildung einen Bestandteil der Wirtschaft darstellte, war nicht in der Lage, eine ausreichende Finanzierung des Bildungswesens zu gewährleisten. Sie versuchte einerseits die eigenen Lasten zu reduzieren und andererseits das System durch wirtschaftliche Freiheiten und marktwirtschaftliche Anreize zu stimulieren. Mit der Perestroika erfolgten bei der staatlichen Finanzierung des Hochschulwesens wichtige Veränderungen. Es wurde nämlich die Vorstellung entwickelt, dass Bildung eine Dienstleistung (russ.: *usluga*) ist. Zudem erfolgte eine »Diversifizierung« der Finanzierungsquellen und der Abschied von einer rein staatlichen Förderung, eine private Finanzierung des Hochschulwesens sowie eine Stimulierung nichtstaatlicher Förderung.

Es gab darüber hinaus die Hoffnung, dass eine wirtschaftliche und politische Liberalisierung dazu beitragen würde, dass die Rigidität, die oft militärische Ausrichtung und der berufsorientierte Charakter des sowjetischen Bildungswesens überwunden werden könnten. Das sollte dazu beitragen, moderne, dynamische und kreative Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die Ziele des Hochschulwesens wurden nun humanistisch gesehen: Höhere Bildung sollte die Entwicklung der Persönlichkeit fördern und den Menschen aufblühen lassen. Die Hochschulen – befreit von sowjetischer Ideologie und mit mehr Autonomie vom Staat versehen – sollten eine große Bandbreite an Studienbereichen und eine flexible Bildungslaufbahn anbieten.

Kommerzialisierung und Finanzierung

Nach dem Zerfall der Sowjetunion bekräftigte das neue russische Bildungsgesetz von 1992 das Streben nach einer Diversifizierung der staatlichen Finanzierung, die

Schaffung eines neuen nichtstaatlichen Bildungssektors und das Nebeneinander eines staatlich finanzierten und eines eigenfinanzierten Bildungsbereichs. Letzterer sah einen gebührenbasierten Strang vor (russ.: *wnebjudshetnyj, kontraktnyj prijom*), der den gebührenfreien Bereich (russ.: *bjudshetnyj prijom*) im öffentlichen Hochschulwesen ergänzen sollte. Seitdem ist das private Hochschulwesen in Russland nie umfangreich gewesen, während im dominierenden öffentlichen Bildungswesen gleichzeitig eine Kommerzialisierung der Hochschulbildung erfolgte, weswegen rund die Hälfte der russischen Studierenden nun Studiengebühren zahlt. Im Vergleich mit vielen anderen Ländern stellt dieses zweigleisige Studiengebührensysteem ein sonderbares Modell dar. Es ist allein in den 15 Nachfolgestaaten der UdSSR und in einigen (wenn auch nicht allen) postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas eingeführt worden. Im Unterschied zu anderen Finanzierungsmodellen, bei denen entweder jede(r) einzelne Studierende Gebühren zahlen muss (Niederlande, Großbritannien, USA), oder aber niemand (Deutschland, Finnland), ist es beim zweigleisigen Gebührensystem nicht der Fall, dass für sämtliche Studierenden die gleichen Regeln gelten. Es gibt in Russland zwei Kategorien Studierender, die aufgrund akademischer Leistungen in standardisierten landesweiten Tests bestimmt werden. Sobald sie immatrikuliert sind, studieren beide Kategorien zusammen. Allerdings sind diese unterschiedlichen Aufnahmebedingungen mit zwei unterschiedlichen Kombinationen von Zielen, Motivlagen und Anreizen verbunden, und zwar für die Studierenden (»Wo studiere ich, und wie bereite ich mich vor?«), wie auch für die Hochschulen (Welche Studierenden sollen aufgenommen werden, und auf welche Weise soll das erfolgen?) und für den Staat (Was ist wie zu finanzieren?). Diese Unterteilung besteht innerhalb jeder Hochschule.

Das zweigleisige System transportiert einen doppelten Standard sozialer Wertschätzung (Geld und Leistung), wobei das Geld entscheidend ist. Für Studierende, die es nicht auf das gebührenfreie Gleis schaffen, macht das System im Hochschulwesen ganz offen das Gewicht des Geldes zur Norm, nicht aber die akademischen Leistungen. Jene, die einen Zugang zu gebührenfreier Bildung und den Top-Hochschulen erlangen, entstammen im Allgemeinen den wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen, die sich exklusive Oberschulen und private Tutoren leisten können. Somit werden potenzielle akademische Leistungen durch sozioökonomische Ungleichheiten determiniert. Im Unterschied zum vergleichsweise egalitären sowjetischen System fördern nun sämtliche Stränge des postsowjetischen Hochschulwesens Ungleichheit.

Dieses Selektions- und Finanzierungssystem hatte enorme Auswirkungen auf die Entwicklung der Hoch-

schulbildung und führte sowohl zu einer Breitenorientierung wie auch zu einem Ausbau des Systems, zu einer institutionellen Stratifizierung und zu sozialen Ungleichheiten. Der Umstand, dass das System nicht in Frage gestellt wird, zeigt, dass es repräsentativ für die russische Gesellschaft ist: Es reproduziert eine kulturelle Trennlinie zwischen den sowjetischen Vorstellungen von höherer Bildung als einem gemeinschaftlichen Gut und dem Streben nach einer Gleichstellung einerseits, sowie den postsowjetischen Vorstellungen von höherer Bildung als privatem Gut, als Entscheidung von Konsumenten und einer normalisierten Ungleichheit andererseits.

Berufsorientiertheit

Das russische Hochschulwesen ist immer utilitaristisch gewesen: Es wurde vom Staat errichtet, um den Zwecken des Staates zu dienen. Das sowjetische System hat diese Ausrichtung verstärkt: Die Hochschulen waren Teil des Wirtschaftskreislaufs und sollten für die Volkswirtschaft Arbeitskräfte in hochspezialisierten Berufen ausbilden.

Seit den 1990er Jahren haben die Logiken des Marktes die Ausrichtung der Hochschulbildung auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft verstärkt. Der Fokus liegt auf dem Arbeitsmarkt und den Arbeitgebern. Es geht weniger darum, die Freiheiten im Sinne der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung auszuweiten. Wegen mangelnder staatlicher Finanzierung haben die Hochschulen gebührenpflichtige Studienplätze in beliebten praxisorientierten Fächern wie Betriebs- und Volkswirtschaftslehre geschaffen. Dem sowjetischen Plansystem und dem postsowjetischen »Markt«-System scheint eine merkwürdige Kontinuität eigen zu sein:

Über die Autorin

Anna Smolentseva ist Senior Researcher an der Higher School of Economics Moskau. Sie ist Soziologin und befasst sich mit Fragen der höheren Bildung mit dem Schwerpunkt auf der Rolle der höheren Bildung in der Gesellschaft, ihrer Breitenorientierung [massification], Bildungsungleichheit und Transformation des Hochschulwesens in postsozialistischen Ländern. Sie war jüngst u. a. Mitherausgeberin von: Cantwell, B.; S. Marginson, A. Smolentseva: *High participation systems of higher education*, Oxford University Press 2018; Huisman, J.; A. Smolentseva, I. Froumin: *25 Years of Transformations of Higher Education Systems in Post-Soviet Countries: Reform and Continuity*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2018; Eggins, H.; A. Smolentseva, H. de Wit: *Higher Education in the Next Decade: Challenges and Prospects*, Leiden / Boston: Brill 2021.

Bibliografie

- Bischof, L.; D. Platonova, D. Semyonov, Z. Kataeva: Changes in post-Soviet higher education systems, 2016. (Interactive timeline: <http://www.postsovhigered.org/>)
- Daujotis, V.: The rise and legacy of the dual-fee-track system: a case study of the 2009 higher education reforms in Lithuania, in: *Lituanus*, 61.2015, Nr. 3, S. 63–84.
- Kuraev, A.: Soviet higher education: an alternative construct to the western university paradigm, in: *Higher Education*, 71.2016, Nr. 2, S. 181–193. <https://doi.org/10.1007/s10734-015-9895-5>.
- Huisman, J.; A. Smolentseva, I. Froumin (Hg.): *25 Years of Transformations of Higher Education Systems in Post-Soviet Countries: Reform and Continuity*. [Palgrave Studies in Global Higher Education]. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2018.
- Smolentseva, A.: Where Soviet and neoliberal discourses meet: the transformation of the purposes of higher education in Soviet and Post-Soviet Russia, in: *Higher Education*, 74.2017, Nr. 6, S. 1091–1108. <https://doi.org/10.1007/s10734-017-0111-7>.

Höhere Bildung ist immer noch ein Instrument zur Ausbildung für ganz bestimmte Berufe. Während eine sich wandelnde Welt Flexibilität sowie weitgefächerte Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert, war und ist in diesen beiden Systemen für die Förderung der menschlichen Potenziale und Fähigkeiten recht wenig Platz.

Fazit

Das Hochschulwesen ist nur in der kurzen Phase der Perestroika als eine Triebkraft für Veränderungen betrachtet worden, als eine Institution, die zur Entwicklung des menschlichen Potentials beitragen und den »moralischen Fortschritt der Gesellschaft« befördern kann. Dieser humanistische Wandel ist für die postsowjetische Entwicklung des Hochschulwesens – einer gesellschaftlichen Institution, die auf geistiger Autonomie und Freiheit beruhen sollte – wohl der wichtigste Aspekt gewesen. Einige in den 1990er Jahren gegründete neue und erfolgreiche Universitäten sowie einige anderweitige Errungenschaften waren der Beleg, dass im neuen Russland eine weltweit anerkannte Hochschulbildung möglich ist. Und es zeigte, dass es für neue Generationen von Russen und Russinnen möglich sein sollte, in einer neuen geistigen Umgebung zu studieren und zum Aufbau des Landes beizutragen – frei von den sowjetischen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Fesseln. Diese positiven Beispiele sind aber nicht zum Regelfall geworden. Die gegenwärtige Spirale der Stagnation und einer rückwärtsgewandten Politik bedeutet jedoch, dass eine weitere Generation von Talenten und noch mehr Zeit vergeudet wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

- Smolentseva, A.; I. Froumin, D. Konstantinovskiy, M. Lisjutkin: Stratification by the state and the market: High participation higher education in Russia, in: Cantwell, B.; S. Marginson, A. Smolentseva (Hg.): High Participation Systems of Higher Education. Oxford University Press 2018, S. 295–333.
- Smolentseva, A.: Marketisation of higher education and dual-track tuition fee system in post-Soviet countries, in: International Journal of Educational Development, 78.2020, 102265. <https://doi.org/10.1016/j.ijedudev.2020.102265>.

Die Jugend und die Generationen im postsowjetischen Russland: 30 Jahre nach dem Zusammenbruch

Charlie Walker (Universität Southampton)

In jeder Gesellschaft scheint der Schlüssel zur Zukunft der Nation in der Hand der aktuell jungen Generation zu liegen, die daher eine enorme symbolische Bedeutung trägt. Die Jugend wird als Indikator für die wirtschaftlichen Geschehnisse eines Landes, für die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, die Entwicklung der politischen Werte, für einen kulturellen Wandel in Bezug auf Sitten, Familienleben, Sexualmoral, Änderungen in der Klassenstruktur und anderem betrachtet. Diese Bürde der Repräsentation ist insbesondere in der UdSSR schwer gewesen, als die jungen Menschen als »Erbauer des Kommunismus« hingestellt wurden, als privilegierte soziale Schicht, die an der Frontlinie des sozialen Wandels steht, als kollektiver Akteur für die geschichtsmächtige Transformation der Sowjetunion. Dass die kommunistische Zukunft in den Händen der Jugend lag, rechtfertigte aus Sicht der sowjetischen Regierung ein »striktes« Modell der Jugendintegration. Dabei wurde eine ganze Reihe Institutionen und staatlicher Vorkehrungen geschaffen, die den reibungslosen Eintritt junger Menschen in die Welt der Erwachsenen gewährleisten sollten, angefangen vom auf die Schulen gestützten System der moralischen Erziehung (*wospitanije*) bis hin zum Komsomol und dem Zuteilungssystem (*raspredelenije*), bei dem den Hochschulabsolventen Anstellungen zugewiesen wurden. Als diese verschiedenen Instrumente zur Eingliederung der Jugend Ende der 1980er Jahre allmählich verschwanden, galt das allerdings auch für den Diskurs, der die historische Mission der Jugend pries: Die Jugend wurden nun als Abbild einer kollabierenden Gesellschaft gesehen und im Allgemeinen als »verlorene Generation« hingestellt. In der frühen postsowjetischen Ära wurden bei der Darstellung der Jugend in den Medien und in der Wissenschaft die verschiedenen Dimensionen des Systemkollapses in einen vermeintlichen »Verlust der Werte« bei jungen Menschen übersetzt. Sie seien dem freien Spiel der Marktkräfte in einer nicht steuerbaren Gesellschaft überlassen worden und wurden als materialistisch, apolitisch und ohne moralischen Kompass beschrieben.

Spätere Arbeiten über junge Russ:innen zeichnen ein weniger dramatisches Portrait. Journalist:innen, Blog-

ger:innen und Sozialwissenschaftler:innen haben versucht, die jungen Menschen in den international verständlichen sozio-psychologischen Konstruktionen der Generationen X, Y und Z zu fassen. Angehörige der Generation X, zwischen 1964 und 1984 geboren, haben den Krieg in Afghanistan und die Perestrojka erlebt. Und es wird angenommen, dass sie die Transformation widerspiegeln, die um sie herum erfolgte, und kosmopolitische Haltungen entwickelt haben, die sich von dem ideellen Patriotismus früherer sowjetischer Generationen abheben. Generation Y, die jene umfasst, die zwischen der Mitte der 1980er Jahre und der Mitte der 2000er Jahre geboren wurden, gilt als Produkt der turbulenten 1990er Jahre, was diese Variante der *Millennials* unabhängiger, selbstbewusster und aktiver als frühere Generationen machte. Generation Z schließlich besteht aus den 32,8 Millionen jungen Menschen, die seit 2005 geboren wurden und deren Hauptmerkmal ihre enge Verbindung zu Technologien ist. Als *Digital Natives* sehen Angehörige der »Zoomer-Generation« sich selbst offenbar als Teil einer globalen Gesellschaft und können sich die Welt nicht ohne Internet und die Kommunikationsmöglichkeiten dort vorstellen. Gleichzeitig ist diese Generation – wie ihre Altersgenossen im Westen – allgemeineren Ängsten hinsichtlich der sozialen Reproduktion ausgesetzt, dass sie etwa als »Gadget-Generation« zu sehr durch Technologien absorbiert ist, um zwischenmenschliche Fähigkeiten zu entwickeln.

Während die gegenwärtige Generation junger Russ:innen sich somit ihren westlichen Altersgenoss:innen angleicht, erinnert die Art, in der junge Menschen in Russland in den letzten Jahren als soziale Akteure positioniert und vom Staat behandelt wurden, stark an den Paternalismus und Konservatismus der sowjetischen Vergangenheit. In Wladimir Putins erster Amtszeit als Präsident ließen die Versuche, den bürgerrechtlichen Raum durch die Gründung von regierungstreuen Jugendorganisationen wie *Naschi* zu manipulieren, den Wunsch Putins erkennen, den sowjetischen Einsatz der Jugend als massenpolitischer Ballast zur Unter-

stützung des Staates wiederzubeleben. In jüngster Zeit hat Putin eine klare Botschaft an die jungen Menschen gesandt, die in der politischen Opposition aktiv sind: Es gibt für junge Leute akzeptables und inakzeptables Verhalten. Das Gerichtsverfahren gegen Jegor Shukow, Putins Bemerkungen über die Naivität der jungen Anhänger von Alexej Nawalnyj und auch seine Kommentare über internationale Akteure wie Greta Thunberg sind klare Signale, dass junge Menschen seiner Ansicht nach apolitisch sein sollten. Und wer es nicht ist, ist von verantwortungslosen Erwachsenen manipuliert und in die Irre geführt geworden. Ganz wie seinerzeit in der Sowjetära, als die Schuld für jugendliche Fehlritte meist bei äußeren Feinden gesucht wurde (gewöhnlich war es der

»schädliche Einfluss des Westens«), werden junge Menschen jetzt durch eine paternalistische Herangehensweise eingengt. Das soll für maximale gesellschaftliche Stabilität sorgen und das zerstörerische Potenzial minimieren, das sie in sich tragen könnten. Gleichzeitig eröffnet es dem Staat die Möglichkeit, im Namen des Schutzes junger Bürger:innen normative Haltungen und Verhalten vorzuschreiben. Es bleibt abzuwarten, ob die nach außen orientierte »Zoomer-Generation« sich mit dieser Rolle abfinden wird – in einer Zeit, die sich zu einer Ära nach innen gewandter politischer Stagnation entwickelt hat.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Charlie Walker ist Associate Professor für Soziologie an der Universität Southampton.

Lesetipps

- Walker, C; S. Stephenson (Hg.): Youth and Social Change in Eastern Europe and the former Soviet Union, London: Routledge 2012.
- Hemment, J.: Nashi, Youth Voluntarism, and Potemkin NGOs: Making Sense of Civil Society in Post-Soviet Russia, in: Slavic Review, 71.2012, Nr. 2, S. 234–260.
- Petrov, N. P.: How Putin Tries to Depoliticize Russia's Youth, 2019; https://www.chathamhouse.org/2020/01/how-putin-tries-depoliticize-russias-youth?utm_medium=email&utm_source=Chatham%20House.
- Pilkington, H.: Russia's Youth and its Culture: A Nation's Constructors and Constructed, London: Routledge 1994.

Unternehmerinnen in Russland

Ann-Mari Sätre (Universität Uppsala)

Die Massenprivatisierung der frühen 1990er Jahre in Russland ist aufgrund der Struktur der gesetzten Prioritäten in vielerlei Hinsicht kaum gerecht gewesen. Es gab Gewinner und Verlierer. Zu den eindeutigen Gewinnern gehörten die Direktoren der großen und wichtigen Öl- und Gasunternehmen, meist Männer. Jene, die in Branchen von ehemals hohem Stellenwert tätig waren, etwa in der Schwerindustrie, hatten da weniger Glück: Die Leistung dieser Branchen war allgemein im Niedergang begriffen, was dann zu Betriebsschließungen und Bankrotten führte, wodurch die Besitzer ihren Wohlstand verloren. Frauen wie Männer verloren in der Schwerindustrie ihre Vermögen. Allerdings haben viele Frauen von der Privatisierung in der weniger angesehenen Konsumgüterindustrie profitiert. Im Zuge der Massenprivatisierung 1994-1995 waren hier einige Frauen in der Lage, Teile von Staatsunternehmen in private Firmen umzuwandeln. Trotz veralteter Strukturen und somit eines allgemeinen Investitionsbedarfs ist es ihnen gelungen, kleinere Betriebsstätten in verbraucherorientierten Branchen wie

der Textilindustrie und im Tourismus aufzubauen. Auch andere Frauen, die Chefposten in weniger angesehenen Branchen, etwa im Handel, der Kultur und der Bildung innehatten, profitierten von den Privatisierungsprozessen.

Ein Unternehmen zu gründen war eine neue Aufgabe, die zu Sowjetzeiten nicht möglich war. Frauen nutzten die neuen Möglichkeiten und gründeten Unternehmen in traditionellen „Frauenbranchen“, die wenig prestigeträchtig und in der Sowjetzeit wirtschaftlich weniger entwickelt waren. In den frühen 1990er Jahren orientierten sich Unternehmerinnen vorwiegend auf Beratung, Einzelhandel und Dienstleistungen. Frauen gründeten Handelsfirmen, sind aber auch mit Unternehmen zur Verarbeitung von Holz, Beeren, Pilzen und Agrarprodukten aktiv. Zu den Firmen von Unternehmerinnen gehörten vorwiegend Betriebe mit wenigen Angestellten. Auch in den Bereichen Kinderpflege, Gesundheitswesen, Bildung, Schneiderei, Strickwaren, Kunsthandwerk sowie in der Frucht- und/oder Gemüseproduktion haben Frauen kleinere Unternehmen gegründet. In der

von Frauen dominierten Konsumgüterbranche entfallen offiziellen Statistiken zufolge 90 Prozent der Produktion auf kleine Firmen. Diese Branche wächst und ist relativ wettbewerbsfähig. Es könnte auch sein, dass Frauen von einer positiven Haltung gegenüber Firmen von Unternehmerinnen profitiert haben. Es besteht die Vorstellung, dass Frauen Verantwortung übernehmen und in ihren Geschäftsbeziehungen vertrauenswürdig sind, weil sie ihre Familien versorgen müssen und Unternehmen mit sozialen Zielen betreiben.

Frauen verfügten allerdings nur über geringe Ressourcen, um nachhaltige Unternehmen aufzubauen und sie womöglich über eine Existenzsicherung hinweg ausbauen zu können. In den Jahren 1996 bis 1998 erfolgte die stärkste Zunahme an Selbstständigen: Deren Anzahl hat sich im gleichen Zeitraum, in dem die Arbeitslosigkeit einen Höchststand erreichte, verdoppelt. Es scheint zudem eine Korrelation zwischen männlicher Arbeitslosigkeit und weiblichem Unternehmertum zu bestehen.

Es gibt für potenzielle Unternehmer:innen viele neue Möglichkeiten, allerdings auch sehr viele mitunter unvorhersehbare Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Die Behörden hätten es lieber mit nur einigen wenigen großen Firmen zu tun als mit einer größeren Zahl kleiner Unternehmen. Die aus sowjetischer Zeit ererbte Geschlechterverteilung auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich auch in Bezug auf die Unternehmerinnen wider: Es gibt eine nur langsame Entwicklung, die sich auf persönliche Beziehungen stützt. Die Willkür der Behörden bei der Durchsetzung der Regularien und beim Umgang mit kleinen Unternehmen zwingt Unternehmerinnen dazu, auf persönliche Netzwerke zurückzugreifen und mehrere Einnahmequellen zu unterhalten. Der Umstand, dass die Unternehmensintegration allgemein eher vertikal als horizontal erfolgt, erschwert den Aufbau neuer Firmen. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Neulinge sich an bestehende hierarchische Strukturen anpassen müssen, weil die Märkte von zahlungskräftigen Unternehmern kontrolliert werden. Politiker und Angehörige der Kommunalverwaltung sind in der Hand von Oligarchen. Also müssen sich große, von Männern geführte Firmen nicht um jene Regularien kümmern, die den kleineren Unternehmen Sorgen bereiten. Es gibt allerdings auch Fälle, dass Bürgermeister:innen kleinen, von Frauen geleiteten Unternehmen geholfen haben, und zwar auf unterschiedliche Weise: durch die Vermietung von Räumlichkeiten oder sogar durch Kredite für sie.

Über die Autorin

Dr. Ann-Mari Sätre ist Associate Professor für Wirtschaft und Forschungsdirektorin am Institut für Russland- und Eurasienstudien (IHRES) der Universität Uppsala.

Die Gründung eines kleinen Unternehmens ist in jüngster Zeit wohl schwieriger als nach den Privatisierungsreformen in den 1990er Jahren. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, dass sich die russischen Staatsbeamten zunehmend auf wirtschaftliche und politische Kontrolle konzentrieren. Ein weiterer Grund könnte sein, dass es damals leichter war, die für den Anfang notwendige Ausrüstung von alten Staatsunternehmen zu übernehmen oder günstig zu kaufen. Ein dritter Grund dürfte in den Schwierigkeiten bei der Registrierung und in den strengeren Regularien zum Erhalt einer Lizenz liegen. Zudem wünschen sich viele keine Geschäftspartner:innen oder Mitarbeiter:innen, die nicht aus der Familie kommen. Da die Lage als instabil wahrgenommen wird, führt das dazu, dass Menschen auf informeller Grundlage eingestellt werden, insbesondere bei Firmen, die ohne Lizenz tätig sind.

Ungeachtet der vielen Probleme versuchen Frauen auch weiterhin, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Seit Mitte der 2000er Jahre sind erheblich mehr Frauen Unternehmerinnen geworden, zum Teil in neuen Tätigkeitsfeldern wie soziale Dienstleistungen, Catering, Kosmetik- und Friseursalons, Medizin, Kunst, Kultur und Tourismus. Das spiegelt sich auch in der offiziellen Politik zur Förderung von Unternehmerinnen wider, die Teil der nationalen Unternehmensförderungsprogramme ist. Darüber hinaus enthält die „Nationale Aktionsstrategie für Frauen für den Zeitraum 2017 bis 2022“ Maßnahmen zur Steigerung der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen. Zudem werden dort Maßnahmen zur Förderung sozialen Unternehmertums aufgeführt, das für Unternehmerinnen einen wichtigen Tätigkeitsbereich darstellt.

Es scheint sich unter den Frauen allerdings eine neue Arbeitsteilung zu entwickeln, bei der diejenigen, die es schaffen, ihr Privatunternehmen weiterzuentwickeln, Mitarbeiter:innen einstellen, um die eigene Doppelbelastung zu reduzieren. Es gibt zwar Beispiele, dass Frauen ein (solides) Unternehmen aufbauen konnten, doch lösen andere Frauen ihre alltäglichen Probleme weiterhin überwiegend mit traditionellen unternehmerischen und Überlebensstrategien. Die Coronapandemie wird wohl vor allem Frauen treffen, die kleine Unternehmen leiten, die ohnehin geringe Einnahmen hatten, und die nicht in der Lage wären, ihre Angestellten zu bezahlen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

30 Jahre umsonst?

Jens Siegert (Moskau)

Demokratie sei »ein mühsames Lern- und Selbsterziehungsprojekt, das nicht über Nacht und erst recht nicht alleine durch externe Mächte installiert werden kann«, schreibt die Historikerin Hedwig Richter in ihrem 2020 erschienenen Buch »*Demokratie. Eine deutsche Affäre*«. Auch Deutschland galt in dieser Hinsicht lange als unverbesserlich, die Deutschen nicht *fit* oder gar *nicht geschaffen* für *Demokratie*. Genau dieselben Argumente hört man immer wieder über Russland. In Russland, von Russinnen und Russen, aber auch außerhalb des Landes.

Die russische Affäre mit *Demokratie* war tatsächlich bisher eine eher unglückliche. Immer wenn das Land, meist in einer tiefen Krise, mit ein wenig Volksherrschaft liebäugelte, ließ die Restauration nicht lange auf sich warten. Die autoritären Herrscher verbreiteten dann, nicht die Krise, sondern die demokratischen Irrwege hätten das Land in Unordnung und Chaos gestürzt. Das zeige nur ein weiteres Mal: *Demokratie* sei nichts für dieses so besondere Land. Das russische Volk sei für *Demokratie* nicht geschaffen. Als jüngster Beweis muss oft gerade der Zerfall der Sowjetunion herhalten, für den Michail Gorbatschow und seine Öffnungspolitik in der Perestroika verantwortlich gemacht werden. Den drohenden weiteren Zerfall Russlands, so diese Erzählung, habe nach den *chaotischen* 1990er Jahren unter Boris Jelzin erst Wladimir Putins harte Hand aufhalten können. Kurz: Eine ernsthafte russische Affäre mit *Demokratie* halten die Restauratoren für eine fatale Mesalliance.

Die Affäre mit *Demokratie* beginnt in Russland ziemlich spät. Wegen der Unfähigkeit des Zarenreiches, auf die Herausforderungen der modernen Zeiten zu reagieren, kam es 1905 zu einer ersten Revolution. Der Druck auf den reformunwilligen und vielleicht auch reformunfähigen Zaren Nikolaus II. wurde so groß, dass er einer Verfassung zustimmte, der ersten in der Geschichte Russlands. Doch nach vier kurzen Anläufen mit vier immer weniger repräsentativen Parlamenten war schon wieder Schluss. Erst der Krieg und dann die Revolution besiegelten das Ende.

Der zweite Versuch, nach der Februarrevolution von 1917 war sogar noch schneller zu Ende. Die neue, demokratische Regierung hatte ein schweres Erbe angetreten: ein ausgeblutetes, fast bankrottes Land, das zudem politisch zerrissen war. Im November übernahmen die *Bolschewiki* die Macht. Später erzählten auch sie, das Land vor Chaos und Zerfall gerettet zu haben. Das Neue an ihrer Herrschaft war aber, dass sie reklamierten, im Namen von *Demokratie* zu handeln, allerdings

einer besseren, gerechtem *Demokratie*. Viele Befürworter von *Demokratie* glaubten an diese neue Form, auch weil das politische System des bald Sowjetunion genannten Staates tatsächlich viele Anzeichen eines demokratischen Gemeinwesens hatte: Es gab Wahlen, Parlamente, scheinbar unabhängige Gerichte und später, ab 1936 unter Stalin, sogar eine Verfassung. Doch das alles war nur Fassade. Schon bald bestimmte allein Stalin, was im Land geschah, wer leben durfte und ebenso, wer sterben musste.

Nach seinem Tod und aufgrund des Entsetzens über den Blutausch und die sich selbst verschlingende Partei- und Geheimdienstmaschine folgte eine kurze Periode des *Tauwetters*. Die Menschen wurden nun nicht mehr willkürlich und systematisch umgebracht, sondern (meist) nur noch eingesperrt. Womit wir bei der nächsten, einer zarten Affäre eines Teils Russlands mit der *Demokratie*, bei den *Dissidenten*, wären.

Die Dissidentinnen und Dissidenten verfielen auf einen einfachen, aber wirksamen Trick die Fassadendemokratie zu entlarven. Sie wandten sich an die kommunistische Führung ihres Landes, die behauptete im Namen des Volkes zu regieren: Wir haben eine Verfassung. Wir haben Gesetze. Wir wollen ihnen nur zu ihrem Recht verhelfen. So entwickelten sie mit der Zeit eine *Sprache des Rechts*, wie das später genannt werden sollte. Oberflächlich betrachtet bekam die Sowjetmacht das Problem mit den Dissidenten mit Repressionen in den Griff. Gemessen an der Gesamtbevölkerung blieben sie eine verschwindend kleine Gruppe. Aber mit dem Verweis auf (demokratische) Rechte hatten die Dissidenten eine Saat gelegt, die 20 Jahre später aufgehen sollte.

Mit der Perestroika begann Russlands nächste Affäre mit *Demokratie*. An der Peripherie entstanden, in den Sowjetrepubliken, mal mehr (Ukraine und Baltikum), mal weniger (vor allem in Zentralasien) starke nationale Unabhängigkeitsbewegungen. Auch in Russland stand die Frage nach den Opfern des stalinistischen Terrors im Vordergrund. Über allem drohte die Unfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft, wenigstens den bescheidenen sowjetischen Wohlstand weiterhin zu sichern. *Demokratie* war in Russland auch deshalb attraktiv, weil sie im Westen Teil eines Systems war, das auch materiell ein besseres Leben versprach. Bald zwangen Massenbewegungen die müde gewordene Diktatur in die Knie.

Die Veränderung erfolgte demokratisch. Die beiden bisher wohl freiesten Wahlen in der russischen Geschichte fanden noch in der Sowjetunion statt. 1990 wurde eine neue Volksvertretung mit erstmals nicht von

der Kommunistischen Partei vorgegeben Kandidatenlisten gewählt. 1991 folgte die Wahl von Boris Jelzin zum Präsidenten der *Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik*. Nach dem gescheiterten Putschversuch gegen Gorbatschow und die Perestroika im August hörte die Sowjetunion am 25. Dezember 1991 auf zu existieren. Im *neuen* Russland gab es also zwei frei gewählte Institutionen im Land: das Parlament, den *Obersten Sowjet*, und den Präsidenten Jelzin. Diese zweifellos demokratische Legitimation der beiden höchsten Repräsentanten des Volkes war etwas Neues und bis dahin Unerhörtes in der russischen Geschichte.

Beide Institutionen verfolgten jedoch ganz unterschiedliche Ziele. Im Parlament hatten weiter Kommunisten die Mehrheit, die das Ende der Sowjetunion ebenso ablehnten, wie die Einführung einer neuen Wirtschaftsform. Präsident Jelzin dagegen ernannte eine Reformregierung, deren wichtigste Aufgabe der Übergang zur Marktwirtschaft war. Fast zwei Jahre lang, von Dezember 1991 bis Oktober 1993, dauerte dieser Machtkampf. Alle Versuche, zwischen Präsident und Parlament zu vermitteln, scheiterten. Es kam zu keinem Kompromiss. Beide Seiten beanspruchten die ausschließliche Macht für sich. Beide hatten weder eine Vorstellung noch die Erfahrung, wie in einem demokratischen Staat Macht auf Dauer geteilt werden kann und muss. Im Übrigen genauso wenig wie ein großer Teil der Bevölkerung. Am Ende dieses Ringens gewann mit Jelzin derjenige, der sich die Macht über die Panzer und Gewehre sichern konnte.

Mitte Dezember 1993 ließ Jelzin über eine neue Verfassung abstimmen und auf ihrer Grundlage gleich ein neues Parlament wählen. Neben der in Verfassungsdingen unziemlichen Eile bestehen Zweifel, ob tatsächlich die erforderlichen 50 Prozent der Wahlberechtigten für die Verfassung gestimmt hatten. Sie sind ein wichtiger Grund, warum viele Menschen die Verfassung von 1993 bis heute ablehnen. Bei den nächsten Präsidentenwahlen, im Mai 1996, sicherte sich Boris Jelzin den Sieg gegen seinen kommunistischen Herausforderer Gennadij Sjuganow durch eine beispiellose Kampagne durch eine kleine Gruppe phantastisch reicher Unternehmer (der bald so genannten *Oligarchen*). Jelzin und seine Unterstützer rechtfertigten dieses undemokratische Vorgehen damit, dass es ihm um Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlstand gegangen sei und er eine Rückkehr zu Kommunismus, Diktatur und Armut verhindern wollte. Der Westen stütze Jelzin und legte so den Grundstein für das heutige Misstrauen vieler Menschen, dass es ihm tatsächlich um *Demokratie* und nicht nur seine Interessen gehe.

Die Wirklichkeit war selbstverständlich komplizierter. Es gab in den 1990er Jahren zwar zweifellos unvergleichlich viel mehr Freiheit in Russland als jemals zuvor,

aber die *Demokratie* blieb schwach. Die junge Marktwirtschaft zeigte sich von ihrer hässlichsten, weil fast völlig ungehemmten Seite. Einige wenige wurden sehr reich, während die Masse der Menschen noch mehr verarmte. Von Wohlstand in diesem Jahrzehnt kann keine Rede sein. Im Gegenteil. Zwischen 1991 und 1998 sank die Wirtschaftsleistung in Russland um etwa 50 Prozent. Im August 1998 brach dann das Kartenhaus aus Misswirtschaft, schwachem Staat, Korruption und ausländischen Krediten zusammen.

Bis heute verbinden die meisten Menschen in Russland deshalb *Demokratie* nicht in erster Linie mit Freiheit, sondern mit Chaos, Armut und einem schwachen Staat. *Demokratie*, so scheint es vielen, schützt eher die Starken vor den Schwachen als umgekehrt. Ein Jahr nach dem Fast-Staatsbankrott ernannte der schon längere Zeit kranke und kaum noch amtsfähige Boris Jelzin Wladimir Putin zum Premierminister und am Silvestertag 1999 zu seinem vorerst kommissarischen Nachfolger. Im März 2000 gewann Putin die Präsidentenwahlen, nicht zuletzt, weil er sich als das völlige Gegenteil von Jelzin präsentierte: jung, gesund, tatkräftig.

Wladimir Putin war geschickt, aber er hatte auch Glück. Entscheidend für seinen Erfolg war, dass die russische Wirtschaft schon vor seinem Amtsantritt wieder zu wachsen begonnen hatte. Das hatte vor allem drei Gründe, und nur für den dritten zeichnete Putin selbst verantwortlich: die Abwertung des Rubels nach der kurzfristigen Zahlungsunfähigkeit des Staates im August 1998 um das Sechsfache, die wie ein riesiges staatliches Konjunkturprogramm wirkte; ein fast ein Jahrzehnt lang rasant wachsender Ölpreis sowie Direktinvestitionen aus dem Ausland als Reaktion auf eine stabilere politische Situation und vorsichtige Wirtschaftsreformen in Putins erster Amtszeit. Zwar wurden auch unter Putin die Reichen schneller reicher als die Armen weniger arm, aber fast ein Jahrzehnt lang stiegen fast für alle Jahr für Jahr Renten und Gehälter. Gleichzeitig begann Putin damit, viele politische Beteiligungs- und Freiheitsrechte Stück für Stück wieder einzuschränken.

Das ging solange gut, bis auch Russland 2008/2009 die Auswirkungen der Weltfinanzkrise zu spüren bekam. Inzwischen hatte Putin Dmitrij Medwedjew zum Präsidenten gemacht, weil ihm die Verfassung eine weitere, eine dritte Kandidatur verweigerte. Präsident Medwedjew reagierte auf die Krise mit der Ankündigung, Russland müsse sich *modernisieren*. Für viele Menschen war klar, dass sich dafür nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch etwas ändern müsse. Als Putin jedoch im September 2011 erklärte, er werde bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im März 2012 erneut antreten, machte sich, vor allem bei jungen und gebildeten Menschen in den großen Städten, Enttäuschung breit. Der stillschweigende Konsens der 2000er Jahre zeigte Risse

und zerbrach schließlich angesichts der hemmungslos zugunsten der Kremlpartei *Einiges Russland* gefälschten Parlamentswahlen am 4. Dezember 2011.

Zwei oder drei Monate lang sah es so aus, als könnte sich etwas ändern. Die ersten Massendemonstrationen seit Putins Machtantritt schienen seine Herrschaft erstmals ernsthaft gefährden zu können. Doch dann schlug er und sein Staat zurück. Demonstranten wurden in manipulierten Verfahren zu langen Haftstrafen verurteilt und binnen kurzer Zeit beschloss das Parlament mehr als 30 neue Gesetze, die alle nur ein Ziel hatten: Die Macht Putins und des von ihm geschaffenen politischen Regimes zu festigen und die Rechte und Freiheiten der Opposition zu beschneiden. Mit der Annexion der Krim im März 2014 erfand sich Putin dann vollends neu. War er bisher vor allem als Garant für Wohlstand und Sicherheit aufgetreten, inszenierte er sich nun als derjenige, der Russland wieder *von den Knien erhob* und ihm seinen Status als Großmacht zurückgab – was dem Land in den Augen einer sehr großen Mehrheit auch zustand.

Der Zerfall der Sowjetunion und der Abstieg Russlands von einer *der* beiden Supermächte stellte für viele Menschen in Russland eine tiefe Kränkung dar. Putin hatte in ihren Augen diese Demütigung nun geheilt. Man sprach von einem neuen Konsens in der russischen Gesellschaft, dem *Krimkonsens*. Der trug bis etwa 2018. Dann begann die nationale Euphorie abzuflauen und die alltäglichen Nöte drängten wieder in den Vordergrund: die schwelende Wirtschaftskrise, die seit Jahren sinkenden Einkommen, die allgegenwärtige Korruption, die Umweltprobleme, die Defizite im Gesundheitswesen und in der Bildung. 2020 kam noch die Pandemie hinzu. Es gab erste Anzeichen, dass angesichts dessen immer mehr Menschen im Land einer neuen Affäre mit mehr *Demokratie* nicht abgeneigt zu sein schienen.

Es gibt noch ein zweites Narrativ über Putins Regierungszeit: Sie sei auch die Zeit des Aufstiegs einer immer stärker werdenden russischen Zivilgesellschaft. Je mehr Freiheiten Putin einschränkte, je härter er mit seinen

Gegnern umging, umso entschlossener, professioneller, aber auch jünger und politischer wurden diejenigen, die sich das alles nicht gefallen lassen wollten. Der oppositionelle Politiker Alexej Nawalnyj versteht es von allen bisher am besten, diese neuen Stimmungen in politische Aktion(en) umzuwandeln. Heute gibt es im ganzen Land Bürgerinitiativen. Das politische System unter Präsident Putin weist viele Elemente eines autoritären, ja inzwischen gar eines diktatorischen Staates auf, aber es gibt trotzdem immer noch viele Menschen in Russland, die um ihre Rechte und Freiheiten kämpfen und versuchen, ihre Interessen auch gegen diesen Staat durchzusetzen.

War also alles umsonst? Ich bin überzeugt, dass die russische Affäre mit *Demokratie* längst noch nicht zu Ende ist. Umgekehrt: Sie hat gerade erst angefangen. Das *Lewada-Zentrum* fragt seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig, was die Menschen von *Demokratie* halten. In diesen 30 Jahren hat sich stets eine stabile Mehrheit von zwischen 70 bis 80 Prozent für ein demokratisches Russland ausgesprochen. Warum aber wählen dann so viele Menschen Putin und Parteien, die ihre demokratische Rechte einschränken? Eine zentrale Rolle in der Akzeptanz von Demokratie spielt die Garantie von Wohlstand. Die Umfragen des *Lewada-Zentrums* zeigen, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung ist, das heutige Russland sei ein demokratisches Land. Zumindest demokratischer als in den 1990er Jahre unter Präsident Boris Jelzin – mit einer steigenden Tendenz.

Wem das widersprüchlich erscheint, hat Recht. Aber so sind Menschen nun einmal. Auch in Russland. Der Blick in andere Länder zeigt, dass die Transformation zu Demokratie selten gradlinig und schon gar nicht schnell gelingt. Wir sollten es also auch hier mit dem irischen Dramatiker Samuel Beckett halten: *Ever tried? Ever failed? No Matter! Try again! Fail again! Fail better!*

Anmerkung des Autors: Der Text basiert auf dem Kapitel »*Demokratie. Eine Affäre*« meines im Juli 2021 in der *Edition Körber* erschienenen Buches »*Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen*«.

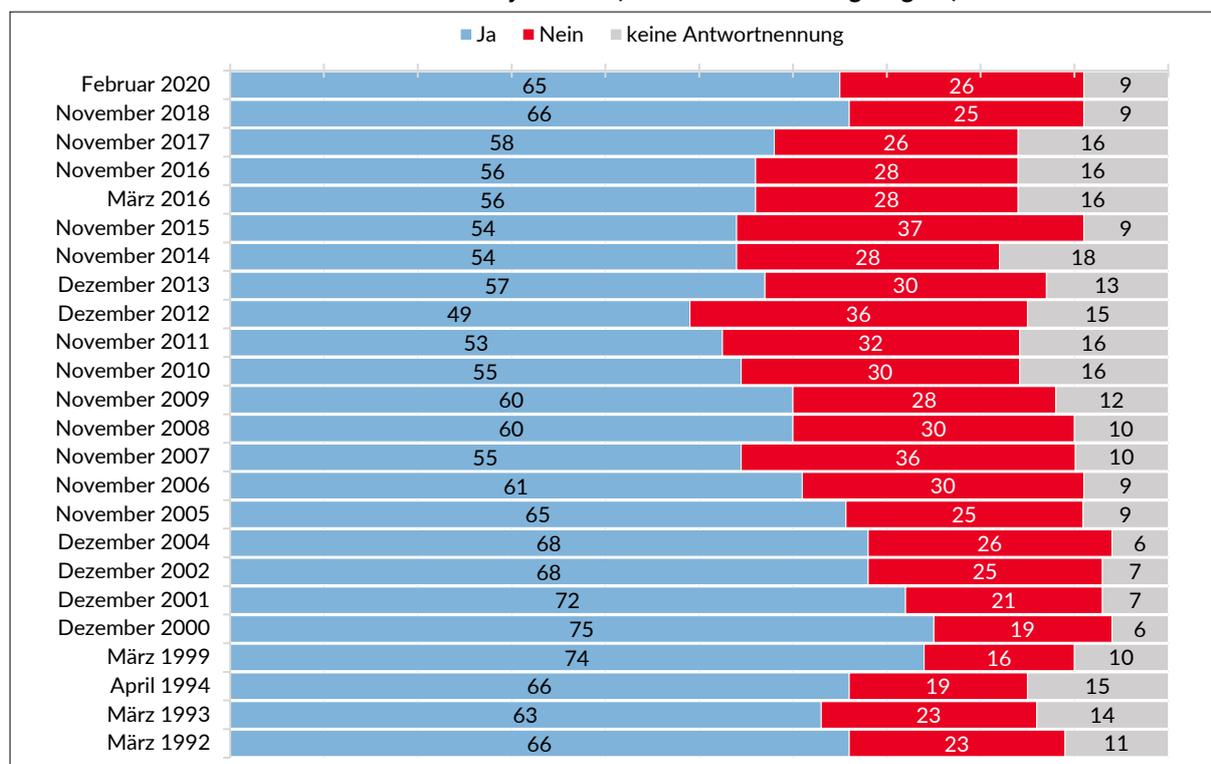
Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und hat sich in den vergangenen fünf Jahren im Auftrag der EU bemüht, Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern.

UMFRAGE

Sehnsucht nach der UdSSR

Grafik 1: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (eine Antwortnennung möglich)



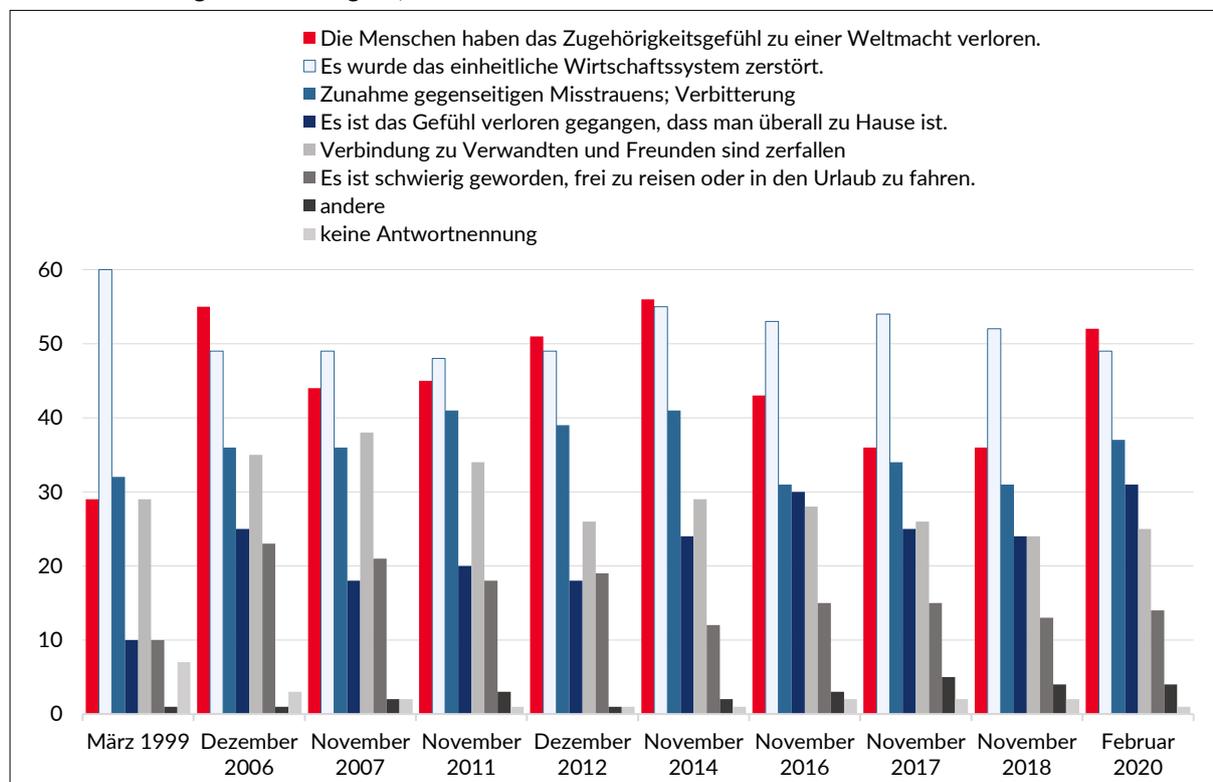
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. - 26. Februar 2020, <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-voisproizvodstvo-pamyati-o-sovetskom-soyuze/>, veröffentlicht am 24. März 2020

Tabelle 1: Warum bedauern Sie vor allem den Zerfall der UdSSR? (Anteil der Befragten, der den Zusammenbruch der UdSSR bedauert; den Befragten wurden Antwortmöglichkeiten vorgelegt, Mehrfachnennungen waren möglich)

	März 1999	Dezember 2006	November 2007	November 2011	Dezember 2012	November 2014	November 2016	November 2017	November 2018	Februar 2020
Die Menschen haben das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Weltmacht verloren.	29	55	44	45	51	56	43	36	36	52
Es wurde das einheitliche Wirtschaftssystem zerstört.	60	49	49	48	49	55	53	54	52	49
Zunahme gegenseitigen Misstrauens; Verbitterung	32	36	36	41	39	41	31	34	31	37
Es ist das Gefühl verloren gegangen, dass man überall zu Hause ist.	10	25	18	20	18	24	30	25	24	31
Verbindung zu Verwandten und Freunden sind zerfallen	29	35	38	34	26	29	28	26	24	25
Es ist schwierig geworden, frei zu reisen oder in den Urlaub zu fahren.	10	23	21	18	19	12	15	15	13	14
andere	1	1	2	3	1	2	3	5	4	4
keine Antwortnennung	7	3	2	1	1	1	2	2	2	1

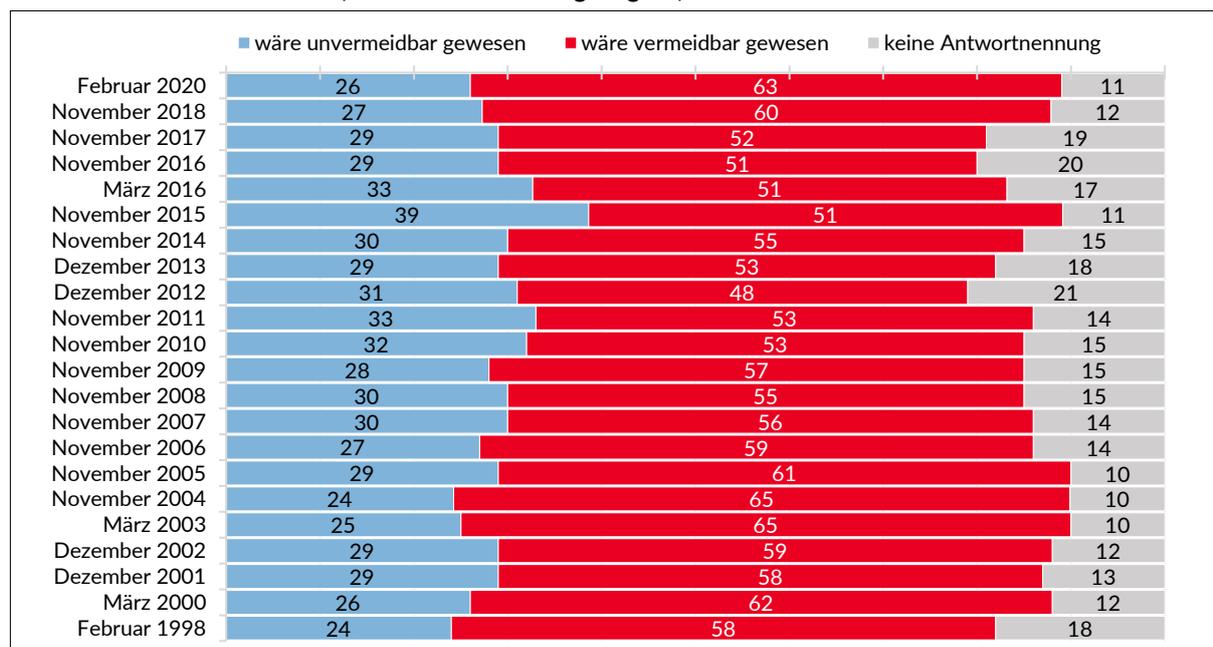
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. - 26. Februar 2020, <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-voisproizvodstvo-pamyati-o-sovetskom-soyuze/>, veröffentlicht am 24. März 2020

Grafik 2: Warum bedauern Sie vor allem den Zerfall der UdSSR? (Anteil der Befragten, der den Zusammenbruch der UdSSR bedauert; den Befragten wurden Antwortmöglichkeiten vorgelegt, Mehrfachnennungen waren möglich)



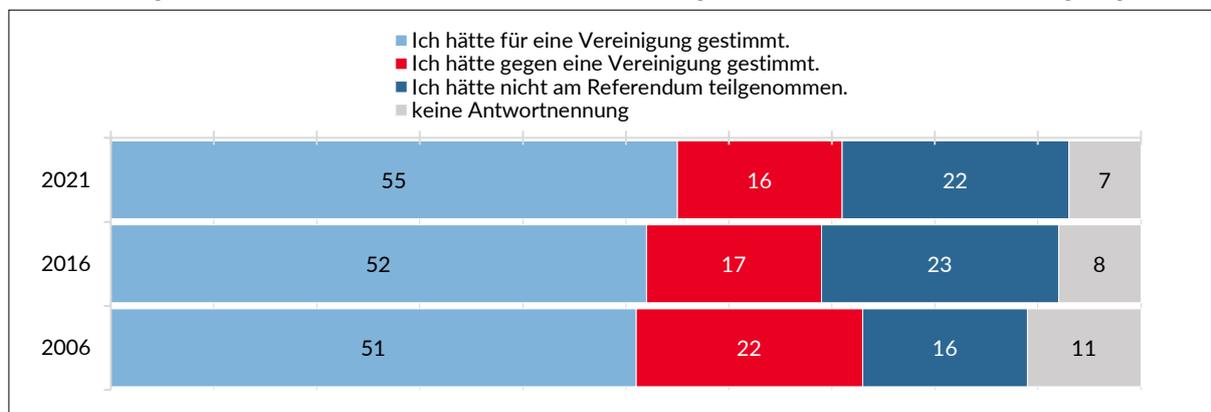
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. - 26. Februar 2020, <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-voisproizvodstvopamyati-o-sovetskom-soyuze/>, veröffentlicht am 24. März 2020

Grafik 3: Was glauben Sie, war der Zusammenbruch der Sowjetunion unvermeidbar oder hätte man ihn verhindern können? (eine Antwortnennung möglich)



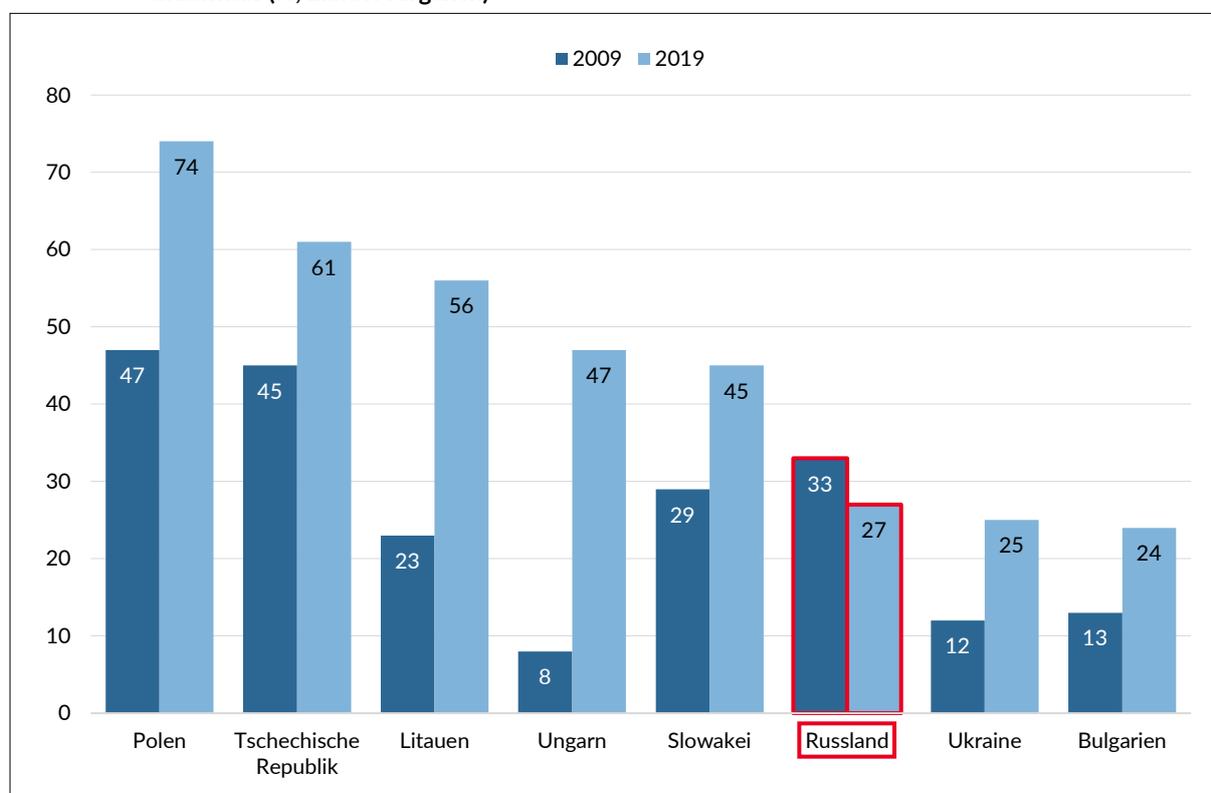
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. - 26. Februar 2020, <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-voisproizvodstvopamyati-o-sovetskom-soyuze/>, veröffentlicht am 24. März 2020

Grafik 4: Wenn es heute ein Referendum über die Vereinigung der ehemaligen Unionsrepubliken in einem neuen Verbund gäbe (mit einer gemeinsamen Grenze, einem gemeinsamen Parlament, einer Regierung und einer gemeinsamen Währung), hätten Sie persönlich dann für oder gegen eine Vereinigung gestimmt oder hätten Sie nicht am Referendum teilgenommen? (eine Antwortnennung möglich, in %)



Quelle: repräsentative Umfragen des WZIOM vom 5. - 6. November 2016, <https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/back-in-the-ussr->, veröffentlicht am 23. Dezember 2016 und vom 16. - 17. März 2021, https://wciom.ru/fileadmin/user_upload/210318_Raspad_SSSR_Vosprijatie_rossijan.pdf, veröffentlicht im März 2021

Grafik 5: Die wirtschaftliche Situation ist heutzutage für die meisten Menschen besser als zur Zeit des Kommunismus (%), Ländervergleich



Quelle: Pew Research Center, 14. Oktober 2019. https://www.pewresearch.org/global/2019/10/14/political-and-economic-changes-since-the-fall-of-communism/pg_10-15-19-europe-values_hungary/.

Das Licht einer enttäuschten Hoffnung

Swetlana Alexijewitsch, Ekaterina Schulmann, Iwan Krastew, Artyom Shraibman, Irina Michno (Kyky)

Der folgende Beitrag von Swetlana Alexijewitsch, Ekaterina Schulmann, Iwan Krastew, Artyom Shraibman, Irina Michno erschien ursprünglich als Transkript eines Podcasts am 08.06.2021 im Online-Medium kyky.org und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Seit 2016 lädt die belarussische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch zu einem Diskussionsklub ein – um die dringendsten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu diskutieren. Beim zweiten Klub-Treffen des Jahres Anfang Juni 2021 ging es um das Buch »Das Licht, das erlosch« des bulgarischen politischen Analysten Iwan Krastew. Neben Krastew und Alexijewitsch nahm die russische Politologin Ekaterina Schulmann an der Diskussion teil, die der belarussische Analyst Artyom Shraibman moderierte.

Mit seinem Co-Autor Stephen Holmes vertritt Krastew in »Das Licht, das erlosch« einmal mehr die These eines »Nachahmungsimperativs« des Westens nach dem Kalten Krieg. Damals hätte in Mittel- und Osteuropa ein Zeitalter der Imitation begonnen, doch auch unter dem Eindruck der Bevormundung seien Gefühle der eigenen Unzulänglichkeit immer größer geworden. Schließlich habe der Westen knapp 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges seine Glaubwürdigkeit und Strahlkraft verloren.

Krastews Buch wurde in Westeuropa kontrovers diskutiert. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann etwa kritisiert unter anderem, dass Krastew mit »dem Westen« einen Kampfbegriff und eine normative Bezugsgröße aus Zeiten des Kalten Krieges bemühe, die es so heute gar nicht mehr gebe. Auch unterscheidet Krastew zu wenig zwischen liberaler Demokratie und neoliberaler Wirtschaftsordnung.

Vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt und Repression in beiden Gesellschaften, sowie angespannter politischer Beziehungen mit Westeuropa fragt der Klub: Wo stehen Russland und Belarus knapp 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion? Und wie sieht ihre gesellschaftliche und politische Zukunft aus? Das belarussische Magazin *Kyky* hat Teile der Diskussion transkribiert – in denen vor allem die Politologin Ekaterina Schulmann den Thesen Krastews teilweise energisch widerspricht.

»Die zwei slawischen Autokratien leugnen den Lauf der Zeit«

Swetlana Alexijewitsch: Die Zeit hat alle unsere Illusionen und Erwartungen auf den Kopf gestellt, unsere ganze emotionale Trägheit. Vor allem in Belarus sind wir gezwungen, nach Solshenizyns Büchern zu leben. Weder meine noch eure Generation – niemand hat damit gerechnet. Wenn wir an unseren Enthusiasmus der 1990er Jahre denken, hätten wir nie gedacht, dass wir dort hinkommen, wo wir heute sind. Es gibt viele drängende Fragen, aber ich glaube, noch viel wichtiger ist es zu verstehen, warum wir da gelandet sind, wo wir heute sind. Warum all unsere Illusionen, die wir hatten, als wir uns an die Perestroika machten – warum nichts davon eingetroffen ist, sich nichts bewahrheitet hat.

Als ich »Das Licht, das erlosch« von Iwan Krastew und Stephen Holmes gesehen habe, war ich schwer beeindruckt. Wir sollten aufhören, Angst zu haben, mal vor der Vergangenheit, mal vor der Zukunft, mal vor der Gegenwart. Wir leben in ständiger Angst. Versuchen wir doch einmal, unserer neuen Realität ins Gesicht zu schauen.

Artyom Shraibman: Nachahmung ist ein Prozess, der viele Länder der Welt erfasst hat, aber vermutlich nicht alle. Es ist wichtig zu verstehen, warum er ausgerechnet unsere Länder erfasste und was das Ende dieser Epoche für uns bedeutet.

Iwan Krastew: Anfang der 1990er Jahre war klar, dass die Welt das westliche Lebensmodell imitieren würde, weil es zwei globale Ideologien gab, die den Kalten Krieg begründeten. Eine davon hat den Krieg nicht nur verloren, sie hat auch aufgehört, sich selbst zu glauben.

[Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis] Fukuyama sprach von dem Ende der Geschichte, heute lachen alle über diese Idee. Aber Anfang der 1990er Jahre war Demokratie ein Synonym für die Modernisierung der Gesellschaft. Alle dachten, dass sie dieses Modell imitieren werden. Wir wollten leben wie im Westen: Die Ungarn wollten das, die Bulgaren, die Polen.

Aber wenn man jemanden imitiert, gibt man zu, dass er besser ist als man selbst. Das wirft eine zweite Frage auf: Was passiert mit der eigenen Identität? Und es gibt noch einen dritten Punkt: Man imitiert nicht Christus, sondern eine andere Gesellschaft, die sich ständig verändert. Daher kommen die starken antiliberalen Stimmungen, die man

in Teilen der ungarischen und auch der polnischen Gesellschaft beobachten kann: Man wollte etwas anderes als das, was man imitiert hat. Schließlich erschien den Polen die westliche Gesellschaft Ende der 1980er als durchaus konservativ, alle gingen in die Kirche. Und sehen Sie sich an, wie sich diese Gesellschaft innerhalb von 30 Jahren verändert hat.

Es gab in der Tat eine Zeit, in der selbst autoritäre Regime die Menschen davon überzeugen wollten, dass sie demokratisch legitimiert sind, dass sie wie die westlichen Demokratien sein wollen, es aber nicht gelingt. Doch diese Zeiten sind seit vier, fünf Jahren vorbei. Jetzt sehen wir in Russland und Belarus eine andere Rhetorik: Wir wollen nicht so sein wie ihr, im Gegenteil, und wir werden nie so sein wie ihr.

Ekaterina Schulmann: Einen Teil dessen, was Iwan anspricht, bezeichnet man als Problem oder, wenn man so will, als Tragödie der aufholenden Entwicklung. Länder, die das Gefühl haben, rückständig zu sein, versuchen den Weg zum Fortschritt durch Nachahmung abzukürzen. Doch bevor wir konstatieren, dass die Länder der Zweiten Welt aufgehört haben, die Länder der Ersten Welt zu imitieren, sollten wir uns daran erinnern, dass das westliche Lebensmodell universelle Anziehungskraft besitzt.

Niemand will etwas grundsätzlich anderes (das gilt auch für China und den postsowjetischen Raum), alle wollen iPhones, Supermärkte und Cafés, niemand will in Askese leben. Außerdem reagieren die Menschen sehr empfindlich auf Einschränkungen, die ihr Privatleben betreffen. Sie sind bereit, politische Freiheiten zu opfern – zum einen, weil sie nicht wirklich verstehen, was das ist, zum anderen, weil sie diese Freiheiten nie wirklich gehabt haben. Sie haben den unmittelbaren Zusammenhang zwischen politischer Freiheit und Lebensstandard noch nicht erkannt. Aber die Konsumfreiheit wollen ausnahmslos alle. Insofern wird die Nachahmung nicht aufhören, solange sich Wunsch und Wirklichkeit gleichen.

Es hat sich kein Alternativangebot, kein neuer Zivilisationstypus herausgebildet. Wie Iwan schon sagte, gab es zwei globale Ideologien, von denen die eine gestorben ist und die zweite gesiegt hat, das ist nach wie vor wahr. Aber es gibt auch eine zunehmende Diskrepanz zwischen dem gewollten Lebensstil und dem politischen Überbau. Genau darin liegt die Gefahr oder die Attraktivität des chinesischen Beispiels. China scheint der ganzen Welt sagen zu wollen: Man kann auch ohne den politischen Überbau des Westens Dutzende Millionen von Menschen aus der Armut führen und Riesenstädte errichten, ohne die Risiken, die die Demokratie in sich birgt. Das ist ein neues autoritäres Angebot, das nicht ideologisch ist. Es macht keinen Versuch, das Märchen von Orthodoxie, Selbstherrschaft, Volkstümlichkeit nachzuerzählen; Versuche dem Wahlvolk zu gefallen – das ist keine Ideologie. Auf dem Markt der Ideen hat der Westen insofern immer noch das absolute Monopol.

Als der Sprecher der russischen Staatsduma vor einiger Zeit sagte, Russland sei die letzte Insel der Demokratie und der Freiheit, konnte man schwer nachvollziehen, was in diesem Moment in seinem komplexen Hirn vor sich ging. Klar ist jedoch, dass Demokratie und Freiheit als etwas Gutes wahrgenommen werden. Nur dass diese Dinge im Westen faul geworden und verdorben sind, wohingegen es sie bei uns nun einfach gibt.

In Russland spricht man oft davon, dass wir mehr Europa sein werden als Europa selbst, das die wahre Freiheit gegen Toleranz eingetauscht habe. Nach dem Motto: Ihr beschwert euch über die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor? Ihr habt ja keine Ahnung von der grausamen Hetze gegen Menschen und der Selbstzensur, die in den sozialen Netzwerken im Westen florieren.

Das Buch, mit dem wir das Gespräch begonnen haben, wurde vom russischsprachigen Publikum nicht ohne Schadenfreude aufgenommen: Die im Westen haben ihre historische Niederlage eingestanden! Aber Niederlage im Vergleich zu wem? Zu diesen ewig imitierenden Autokratien, die zu 80 Prozent aus Propaganda und 20 Prozent aus Gewalt bestehen? Sollen die das neue historische Angebot sein?

Sie können ja nicht einmal formulieren, wer sie selbst sind. Heute sind sie eine souveräne Demokratie, morgen verteidigen sie sich gegen geheimnisvolle Feinde und machen sich nicht einmal mehr die Mühe zu erklären, was sie überhaupt zu verteidigen versuchen. Das einzige erklärte Ziel ist es, den Tag irgendwie durchzustehen und die Nacht zu überleben. Die Macht geben wir nicht ab, weil es ohne uns nur noch schlimmer wird – das ist das Einzige, was sie ideologisch anzubieten haben.

Artyom Shraibman: Betreten wir wirklich eine neue Ära? Und ist sie überhaupt neu, haben wir nicht im 20. Jahrhundert und noch früher ähnliche Umbrüche, eine ähnliche Abkehr von Formen eines nationalen Selbstverständnis gesehen?

Ekaterina Schulmann: 30 Jahre postsowjetischer Transit gehen zu Ende. Während dieser Zeit haben sich im postsowjetischen Raum drei politische Ordnungen herausgebildet: primitive mittelasiatische Despotien (Usbekistan u. a.); schwache Demokratien mit einem instabilen Staatsapparat, einem nicht erreichten Gewaltmonopol und einer ziemlich starken Rolle von Zivilgesellschaft, aber auch oligarchischen Gruppen (Ukraine, Kirgistan, Republik Moldau,

Georgien, Armenien); und der dritte Typus – personalisierte Autokratien, die zwar Wahlen durchführen, aber durch die Wahlen keinen Wechsel riskieren wollen; die die Vorteile des Konkurrenzkapitalismus für sich nutzen, aber gleichzeitig eine extrem hohe Staatspräsenz in der Wirtschaft erschaffen (Russland, Belarus, Kasachstan). Das sind unsere drei Karten: eine Drei, eine Sieben, ein Ass. Oder, wenn Sie so wollen, die drei Wege, die die postsowjetische Entwicklung einschlagen konnte.

Jetzt können wir beobachten, wie unterschiedlich die Autokratien in die für sie kritische Übergangsperiode eintreten. Bisher scheint Kasachstan von den dreien am besten abzuschneiden – sein politisches System hat den Mut gefunden, einzugestehen, dass ein Übergang notwendig ist und stattfinden wird.

Die zwei slawischen Autokratien haben sich entschieden, den Lauf der Zeit zu leugnen, sie krallen sich am Status quo fest, den sie Stabilität und Souveränität nennen, und laufen jetzt doppelt so schnell, um auf der Stelle zu bleiben.

Denn es hat sich herausgestellt, dass man den Status quo nicht aufrechterhalten kann, ohne eine unglaubliche Menge an Ressourcen reinzustecken. Ich glaube nicht, dass dieses Stadium – der Versuch, die Notwendigkeit eines Übergangs zu leugnen – die Endstation ist.

Das russische Modell, das vielfältiger und flexibler als das belarussische ist, ist noch dabei, diese komplexe Gleichung für sich zu lösen: Was müssen wir ändern, damit alles gleich bleibt? Das politische System in Belarus verhält sich dabei sekundär und komplementär zum russischen. Wenn bzw. falls sich das russische Modell transformiert, wird das belarussische folgen.

Die Todesstarre, der Krampf, der unsere beiden Systeme befallen und zahlreiche Prozesse auf Zwangspause gestellt hat, verdient Beobachtung, aber keine Verabsolutierung. Man sollte es nicht als finale Etappe einer dreißigjährigen Entwicklung sehen, als Ende der Geschichte. Lassen Sie uns nicht Fukuyama spielen.

Artyom Shraibman: Wenn Belarus, Kasachstan und Russland denselben institutionellen Weg gehen, den die Länder Zentral- und Osteuropas gegangen sind, wird sich nicht irgendwann herausstellen, dass es eine Sackgasse ist? Was sollen die jungen, noch ungewissen Regime nach Lukaschenko, Putin und Nasarbajew aufbauen, wenn selbst ein wesentlicher Teil der Bevölkerung in den jungen Demokratien Osteuropas von der Imitation enttäuscht ist?

Ekaterina Schulmann: Wie sollen wir uns modernisieren, wenn der Westen nicht mehr das Vorbild ist? Wissen Sie, einer der Faktoren für die Erosion des Ideals ist die Annäherung daran. Das heutige Belarus und sogar Russland sind dem Westen viel ähnlicher als der Sowjetunion. Unsere Autokratien haben sich den Vorbildern angenähert, die sie sich vorgestellt hatten. Wir haben uns den Kapitalismus angeschafft, Wahlen, sogar ein bisschen freie Presse, breite Uferpromenaden und Elektroroller, aber in die Erste Welt dürfen wir immer noch nicht.

Der Sowjetmensch hat sich den legendären Westen als Schlaraffenland vorgestellt. Aber als das westliche Leben immer vertrauter wurde, entdeckte man darin immer mehr Flecken und Risse. Zumal man über den kollektiven Westen heutzutage nur nachsinnen darf, wenn man Nikolai Platonowitsch Patruschew ist.

Was können wir über den nächsten Entwicklungssprung der postsowjetischen Autokratien sagen? Sie werden offenkundig urbanisierte Staaten mit einer gebildeten Bevölkerung bleiben und sich weiter in diese Richtung entwickeln; sie sind nicht so sehr Industriemächte als vielmehr Länder, in denen der Dienstleistungssektor eine immer größere Rolle spielt. Das ist nicht unbedingt der geeignetste Nährboden für eine primitive Diktatur.

Obwohl die neuen Möglichkeiten, jede einzelne Geldtransaktion, jede Bewegung nachzuverfolgen, einschließlich der Bewegung von Informationseinheiten, neue Möglichkeiten für Planung und Umverteilung bieten. Der Staat gibt seinen Bürgern Geld, unterstützt die Wirtschaft, und will im Gegenzug dafür deine Daten – wissen, was du schreibst, sagst, wo du dein Geld aufbewahrst, wohin du geschaut hast – und im nächsten Schritt auch deine Loyalität.

Artyom Shraibman: Ekaterina, Sie haben das, was in Belarus und in Russland passiert, als »Krampf« bezeichnet. Worin wird das münden? Der eine wie der andere Leader scheint sich ganz wohl zu fühlen, sie haben keine Angst, den Einsatz zu erhöhen, den Griff noch fester zuzudrücken. Wo ist die Wand, gegen die dieser Krampf prallt?

Ekaterina Schulmann: Dass der Druck erhöht wird, ist kein Anzeichen für die Abwesenheit von Angst. Jemand, der sich nicht bedroht fühlt, führt keine Eskalation herbei. Ich will nicht darüber urteilen, wer sich wohl fühlt und wer nicht. Bedenken wir einfach, dass die ganze Arbeit dieser politischen Systeme darin besteht, einen Eindruck zu erwecken, und zwar zum großen Teil einen falschen. Dafür werden gigantische Ressourcen aufgewendet.

Ich habe die Situation nicht als Krampf bezeichnet, weil ich sie für ein kurzfristiges Phänomen halte. Ineffektive politische Modelle können sehr langlebig sein.

Was ist diese Wand, diese Schwelle, hinter der sich etwas qualitativ transformiert? Die Wahlen 2024 sind der nächste Punkt. Wenn die Beliebtheit des amtierenden russischen Präsidenten nach 2021 weiter sinkt, könnte er auf den Gedanken kommen: Sollte ich es nicht lieber machen wie Jelzin? Sollte ich nicht meinen Nachfolger mit den Überresten meiner eigenen Popularität ausstatten und ihm das Verlangen nach Erneuerung, das in der Gesellschaft so groß ist, als Geschenk hinterlassen?

Jelzin war extrem unpopulär, und sein Nachfolger wurde quasi über Nacht ein gefragter Mann. Warum? Weil die Menschen einen neuen Leader wollten, aber keine Revolution. Ein Nachfolger muss gleichzeitig Erbe und Antagonist sein. Ich denke, je näher 2024 rückt, desto mehr könnte diese politische Parallele eine Rolle spielen.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Jennie Seitz

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://kyky.org/places/svet-obmanuvshiy-nadezhdy-shraybman-shulman-i-aleksievich-o-novom-periode-v-istorii-belarusi-rossii-i-zapada>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/schulmann-krastew-alexijewitsch-zukunft>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekoder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DEKODER

Misstrauen auf allen Ebenen

Andrej Sinizyn (Republic)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Andrej Sinizyn erschien ursprünglich am 24.06.2021 in der Onlinezeitung Republic und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht. Die politischen Ereignisse und Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus sind äußerst dynamisch und lassen die hier abgedruckten Texte recht schnell recht veraltet wirken. Trotz kleinerer Neuerungen möchten wir dennoch diese inhaltlich wertvollen Texte mit unseren Leser_innen teilen.

Einleitung von dekoder

Russland wird von der vierten Welle der Corona-Pandemie bedroht. Die offiziellen Zahlen – die viele immer noch für geschönt halten – sind erschreckend: Die Anzahl der Neuinfektionen pro Tag lag auf ihrem Höhepunkt demnach bei mehr als 25.000, mit über 800 Toten am Tag war die Sterberate Mitte August so hoch wie nie zuvor. Besonders stark betroffen sind die Metropolen, dabei sind allein in Moskau laut Behördenangaben 90 Prozent der Neuinfektionen auf die Delta-Variante zurückzuführen.

So war es auch Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin, der vor rund zwei Wochen Alarm schlug. In Moskau dürfen seit Montag nur noch Geimpfte, Getestete oder Genese die Restaurants und deren Außenbereiche besuchen, was über QR-Codes geprüft wird. Außerdem verhängte Moskau eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, einzelne weitere russische Regionen in der Folge ebenfalls. Nichtsdestotrotz fand ein Viertelfinalspiel der Fußball-EM in der Sankt Petersburger Gazprom-Arena statt – 50 Prozent Auslastung waren zugelassen, das sind knapp 30.000 Menschen.

Beim Direkten Draht mit Wladimir Putin war Corona eines der wichtigsten Themen. Putin betonte dabei die Notwendigkeit einer Impfung, schloss eine Impfpflicht jedoch aus und sagte, dass durch die neue Impfstrategie der Regionen ein Lockdown hoffentlich verhindert werden könne.

Immer wieder werden kritische Stimmen laut, dass eine einheitliche Coronastrategie fehle: Die Regierung habe vielmehr lange den Eindruck erweckt, als sei die Coronagefahr gebannt. Und auch jetzt überlasse sie die Verantwortung den Regionen – wohl aus Angst, vor der Dumawahl im Herbst unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen.

Die Impfskepsis jedenfalls ist in Russland trotz der erschreckend hohen Zahlen nach wie vor groß: Laut John Hopkins University sind nur knapp 28 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft – und das, obwohl Russland mit Sputnik V als erstes Land einen Impfstoff zugelassen hatte. Laut Umfrageinstitut Lewada lehnen nach wie vor rund 60 Prozent der Menschen im Land eine Impfung ab.

In sozialen Medien entbrannte sogleich eine heftige Debatte über die teilweise geltende Impfpflicht. Die Linien verlaufen dabei jedoch nicht nur zwischen Corona-Leugnern, Impfgegnern und -befürwortern, vielmehr wird quer durch alle Milieus ein hohes Misstrauen gegenüber staatlich verordneten Maßnahmen deutlich.

Ein solches »Misstrauen auf allen Ebenen« nimmt auch Journalist Andrej Sinizyn wahr und gibt auf *Republic* Einblick in ein zerrüttetes Gesundheits- und Vertrauenssystem.

Covid: Die Russland-Variante

Letztes Jahr, als meine Zwillinge zwei Monate waren, fuhren wir in die Poliklinik, um sie vorschriftsgemäß impfen zu lassen. Wir gingen nacheinander ins Behandlungszimmer (die Mutter mit der Tochter und ich mit dem Sohn). Als wir fertig waren, wunderten wir uns, warum ein Kind eine Schluckimpfung gegen Rotaviren, das andere aber eine Spritze bekommen hatte. Doch auf unsere empörte Nachfrage entgegnete die Krankenschwester, das müsse so sein. Erst zu Hause sagte unsere wachsame Großmutter (eine Kinderärztin mit langjähriger Berufserfahrung), die gerade zu Besuch war, eine Rotaviren-Impfung würde niemals gespritzt. Wir fuhren sofort wieder hin und es stellte sich heraus, dass die Krankenschwester sich vertan und meinen Sohn gegen Hepatitis statt gegen Rotaviren geimpft hatte (»Was ist schon dabei? Nächstes Mal machen wir es eben andersrum.«).

Wir mussten ihn umgehend gegen Rotaviren und unsere Tochter gegen Hepatitis impfen lassen. Das war natürlich eine zusätzliche Belastung für den kleinen Körper (zuvor hatten beide auch noch »Prevenar« bekommen), aber sonst wäre es noch gefährlicher geworden: Gegen Rotaviren gibt es eine Lebendimpfung, ein Kind könnte das andere anstecken, sie leben ja nicht nur zusammen, sie saugen auch noch an derselben Brust.

Selbstverständlich war der Papa schuld, weil er sich nicht im Voraus informiert hatte, welche Impfstoffe wie verabreicht werden. Anders gesagt, er hätte sich nicht blind auf die Pädiatrie verlassen dürfen, wo man offensichtlich Impfungen vertauscht, dies zunächst abstreitet und dann auch noch sagt: »Was ist schon dabei?«

Gesundheitssystem am Boden – und dann bricht die Epidemie aus

Der Papa ist ja nicht erst seit gestern auf der Welt, er hat schon seine Eltern zu Grabe getragen – verstorben an einem Infarkt und an Lungenkrebs, beides war im Bezirkskrankenhaus nicht diagnostiziert worden. Und auch er selbst hat schon bei Gesprächen mit Ärzten

widersprüchliche Erfahrungen machen müssen. Ob Sowjetunion oder Russland, ob Kinder- oder Erwachsenenmedizin – die Qualitätsunterschiede sind nicht sonderlich groß. Alles hängt vom jeweiligen Krankenhaus, den jeweiligen Ärzten und jeweiligen Krankenschwestern ab, und die haben nicht wirklich viele Anreize, ihre Arbeit gut zu machen. Darüber wurde bereits hundertfach berichtet. Das Ausbildungsniveau, die technische Versorgung, die Gehälter, die Korruption, der Druck durch die Verwaltung (Buchhaltung und Schönung der Daten, damit das Ergebnis stimmt), der Druck durch die Behörden (Stichwort »Ärzteverschwörung«), die berühmte Optimierung des Gesundheitswesens – das alles sind Faktoren, weshalb die medizinische Versorgung in Russland in den letzten Jahren ins Bodenlose gestürzt ist.

Und dann bricht in diesem Land eine Epidemie aus. Wir berichten über heldenhafte Ärzte, heldenhafte Krankenschwestern, heldenhafte Ehrenämter – völlig zurecht. Sie sind Helden, sie retten Menschen, riskieren ihre Leben, sterben. Wir berichten von aus dem Nichts gestampften Covid-Krankenhäusern mit moderner Technik – auch zurecht, obwohl sich hier schon erste Fragen stellen: nach der medizinischen Versorgung jenseits von Covid und nach Korruption.

Korruption, Ineffizienz und schwindende Kompetenz

Vergessen wir nicht, dass das russische Gesundheitssystem immer noch von Korruption, Ineffizienz und schwindender Kompetenz geprägt ist. Und wenn wirklich große Aufgaben wie die Impfung der gesamten Bevölkerung anstehen, wird das besonders deutlich.

Die *Nowaja Gaset*a berichtete davon, wie in Impfböden Sputnik V gegen EpiVacCorona ausgetauscht wird (der Impfstoff hat zwar keine klinischen Studien durchlaufen, aber dafür hat der Leiter der Gesundheitsaufsichtsbehörde ihn mitentwickelt). Forscher haben ernsthafte Vorbehalte gegen EpiVac. Zudem wird einigen Patienten nach einer ersten Impfung mit Sputnik V als zweite Dosis EpiVac verabreicht, was prinzipiell nicht

zulässig ist. Diese Fälle sind so häufig, dass sie sich nicht mehr mit Versehen oder Unwissenheit entschuldigen lassen – es scheint vielmehr, als bekämen die Kliniken entsprechende Anweisungen von oben. Zudem gibt es vermutlich Lieferengpässe bei Sputnik. Angenommen, Sputnik fehlt, die Logistik hinkt, aber, sieh an, EpiVac ist verfügbar – nehmen wir!

Die Menschen, die der *Nowaja* davon erzählt haben, werden vor Gericht ziehen. Aber wie viele Menschen, die wissen, dass sie betrogen wurden, ziehen nicht vor Gericht? Und wie viele wissen es nicht mal?

Misstrauen auf allen Ebenen

Wenn wir behaupten, der Unwille der russischen Bevölkerung, sich impfen zu lassen, käme vom Misstrauen gegenüber der Regierung, denken die meisten wohl an Putin, Mischustin, Sobjanin oder irgendwelche Minister und Bürgermeister. Aber Misstrauen herrscht auf allen Ebenen, auch auf der untersten: Misstrauen untereinander ist allen wohlbekannt.

Gehört ein Arzt zum Machtapparat dazu? Für den Durchschnittsrussen absolut, und das seit Sowjetzeiten. Das Gesundheitswesen war ja staatlich (und ist es auch heute noch mehr oder weniger). Aber sogar, wenn es um konkrete Behandlungen geht, lehrt die Erfahrung mit diesem System einen Patienten, dass er ihm nur vertrauen soll, wenn es gar nicht anders geht. *60 Prozent der Lunge hin – na gut, dann rettet mich mal; wo wart ihr denn bislang? Aber mich impfen lassen? Nee, ich trink lieber einen Wodka, ein bewährtes Volksheilmittel.*

Deswegen liegt Russland am 23. Juni mit einer Impfquote von 14,13 Prozent auch weltweit auf Platz 83. Während die Zahl der Infizierten unaufhaltsam steigt, Moskau und Petersburg brechen alle Rekorde bei der Corona-Sterberate.

In den sozialen Netzwerken wird hitzig diskutiert, ob das russische Volk gut oder böse sei, weil es sich trotz aller Gegebenheiten, trotz wirksamen Impfstoffs, nicht impfen lassen wolle und damit die Gesundheit anderer gefährde. Während die Regierung – endlich »auf-

gewacht« – die Verantwortung für die Nicht-Impfung auf das Volk schiebt.

Aber eigentlich nehmen sich Volk und Regierung nicht viel. Das Problem ist nicht nur, dass ein Staat, der bisher gelogen hat, plötzlich die Wahrheit sagt und etwas Nützliches tut, während das Volk sein Glück nicht fassen kann und ihm nicht glaubt. Das Problem ist auch, dass der Staat das Nützliche mit seinen gewohnten Mitteln macht – sprich, einfach Mist –, indem er nur die halbe Wahrheit (<https://www.dekoder.org/de/article/covid-19-uebersterblichkeit-statistik>) sagt, und auch die nur, wenn er davon einen Vorteil hat. Deswegen verliert nicht nur der Durchschnittsrusse den Überblick, sondern auch der Durchschnittsarzt, der zu diesem Russen sagt: »Der Impfstoff ist nicht ausreichend erforscht, lass dich lieber nicht impfen.«

Aber die Beamten wären keine Beamten, wenn sie die Bürger nicht zur Impfung motivieren würden: durch strenge Regelungen in Restaurants, Druck auf Unternehmen, die Einführung einer 60-prozentigen Impfpflicht, Androhung von Diskriminierung und Kündigung. Sie übererfüllen die Norm und reproduzieren Sowjetpraktiken, denen die Bürger längst zu entgehen gelernt haben.

Nicht alle natürlich. Die Impfpflicht (»wie in der Sowjetunion«) kann die Quote anheben. Viele Bürger sind paternalistisch eingestellt; wenn eine »starke Hand« uns zur Impfung zwingt – na dann machen wir's halt. Aber irgendein »Impfkapital« oben drauf, das wär doch fein? Natürlich mit der Verpflichtung, es in die Gesundheit zu investieren. Nur in die Gesundheit! Keine Auszahlung in bar, versteht sich ... Na ja, höchstens für eine Reise in den Kaukasus. Oder für die Hypothek. Ein bisschen was für die Hypothek ist schon in Ordnung, oder Wladimir Wladimirowitsch? So kurz vor den Wahlen?

Dann lassen wir uns auch impfen. Wenn wir dann noch leben.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Maria Rajer*

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://republic.ru/posts/100814>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/covid-vierte-welle-impfpflicht>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Republic und Andrej Sinizyn für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Covid-19-Chronik, 02. August – 12. September 2021

02.08.2021	In der russischen Teilrepublik Karatschaj-Tscherkessien wird eine Pflicht zur Impfung gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen erlassen. Dies betrifft unter anderem Beschäftigte im Gesundheits- und Bildungswesen, im Einzelhandel, Tourismus, in der Gastronomie und im öffentlichen Personennahverkehr. Auch Staatsbedienstete und Studenten müssen sich impfen lassen. Laut dem Erlass müssen Angehörige der betroffenen Personengruppen bis zum 7. September 2021 die erforderliche zweite Impfdosis erhalten haben.
03.08.2021	Das Lgowskij-Bezirksgericht in der Oblast Kursk verurteilt einen Schuldirektor zur Zahlung einer Geldstrafe von 150.000 Rubel (etwa 1.700 Euro), weil dieser trotz Verdachts auf eine Covid-19-Infektion zur Arbeit gegangen war. Eine Untersuchung hatte ergeben, dass er damit neun weitere Personen mit Covid-19 angesteckt hat.
03.08.2021	Der Gouverneur der Oblast Rostow, Wassilij Golubjow, unterzeichnet einen Erlass zur Verschärfung der im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Voraussetzung für den Besuch gastronomischer Betriebe und Fitnessstudios ist ab sofort der Nachweis eines negativen PCR-Tests oder einer vollständigen Covid-19-Impfung.
03.08.2021	In der Region Krasnodar sind zurzeit 7.000 Betten zur Behandlung von Covid-19-Patienten und damit die maximal mögliche Anzahl im Einsatz. Seit Anfang Juli haben erneut zusätzlich fünf medizinische Einrichtungen ihren Betrieb aufgenommen. Zurzeit werden in 26 Krankenhäusern der Region Covid-19-Patienten aufgenommen; von den verfügbaren 7.000 Betten sind aktuell 5.997 belegt.
05.08.2021	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass bisher rund 38,9 Mio. Einwohner gegen Covid-19 geimpft wurden. Allein in der vergangenen Woche seien vier Mio. Personen geimpft worden.
06.08.2021	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass im Juni 2021 27.108 Menschen mit Covid-19 gestorben seien. In 19.998 Fällen sei das Virus die Haupttodesursache gewesen. Dies sei ein Anstieg von 52,8 % gegenüber dem Vormonat, in dem 13.077 Menschen an Covid-19 starben.
11.08.2021	In der Oblast Kemerowo werden die derzeit gültigen Bestimmungen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens aufgrund von Covid-19 bis zum 25. August 2021 verlängert. Kultureinrichtungen dürfen nur 50 % ihrer Kapazität belegen, Arbeitgebern wird empfohlen, mindestens 30 % ihrer Mitarbeiter ins Homeoffice zu schicken. Seit Mitte Juli werden in der Oblast täglich mehr als 200 neue Covid-19-Infektionen festgestellt.
12.08.2021	In Russland erliegen innerhalb von 24 Stunden 808 Menschen einer Covid-19-Erkrankung. Dies ist die höchste Anzahl an Todesfällen seit Beginn der Pandemie im März 2020.
19.08.2021	Das russische »Gamaleja-Institut«, das den Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« entwickelt hat, beginnt mit der Entwicklung eines neuen Impfstoffs auf Basis der Delta-Mutation des Virus. Die Sterblichkeitsrate in der Russischen Föderation ist weiterhin hoch, obwohl die Ansteckungszahlen rückläufig sind. Wissenschaftler führen dies auf die Verbreitung der Delta-Variante zurück.
20.08.2021	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass bisher mehr als 43 Mio. Menschen in Russland gegen Covid-19 geimpft wurden. Nach Aussage Muraschkos seien in einigen Regionen Russlands bereits mehr als 60 % der erwachsenen Bevölkerung vollständig geimpft.
23.08.2021	Die Philippinen lassen den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik Light« zu. »Sputnik Light« wurde vom »Gamaleja Institut« zur Herstellung einer schnellen Herdenimmunität in Hochinzidenzgebieten entwickelt. Zur Gewährleistung einer Immunität gegen Covid-19 ist nur eine Impfung notwendig. Der Schutz hält allerdings nur ein halbes Jahr an.
25.08.2021	Der in Russland entwickelte Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« wird in Indonesien zugelassen. Damit ist das Vakzin in insgesamt 70 Ländern zugelassen.
25.08.2021	In Russland erliegen innerhalb von 24 Stunden 820 Patienten einer Covid-19-Infektion. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020. Gleichzeitig melden die Behörden einen leichten Rückgang der Infektionszahlen innerhalb der vergangenen 14 Tage, für die vergangenen 24 Stunden werden 19.500 neue Fälle gemeldet.
26.08.2021	Das russische Gesundheitsministerium lässt den Covid-19-Impfstoff »EpiVakCorona-N« zu. Es handele sich dabei um eine verbesserte Version des bereits im April zugelassenen und vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelten Vakzins »EpiVakCorona«.
02.09.2021	Der Russische Fonds für Direktinvestitionen meldet, dass der Coronavirus-Impfstoff »Sputnik V« zu 94,8 % wirksam vor Ansteckung und zu 95,9 % vor Krankenhauseinweisung schützt. Das legen reale Daten des Inselstaates San Marino nahe, wo die Bevölkerung zu 70 % mit »Sputnik V« geimpft wurde.

08.09.2021	Michail Mischustin unterzeichnet ein Dekret, nach dem für jede Impfung gegen das Coronavirus an die impfenden Ärzte eine Prämie von mindestens 200 Rubel (ca. 2,50 Euro) ausgezahlt werden soll. Diese und ähnliche zusätzliche Zahlungen sollen einerseits die Impfquoten im Land steigern, andererseits u. a. nicht wahrgenommene Urlaubsansprüche von medizinischem Personal kompensieren, da es im Kampf gegen das Coronavirus zur Mehrbelastung des Personals kommt.
10.09.2021	Die stellvertretende Premierministerin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass in Russland knapp 40 Mio. Menschen vollständig gegen das Coronavirus geimpft sind. 46,5 Mio. Menschen haben die erste Impfung erhalten und 39,8 Mio. haben den vollständigen Impfschutz. Das entspricht einer Impfquote von 27 % an vollständig Geimpften.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

05. – 12. September 2021

05.09.2021	Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Putin, Dmitrij Peskow, gibt bekannt, dass Putin »mehr als bereit« sei, sich mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskij, zu treffen. Es bestehe der Wunsch, auf normalisierte Beziehungen zueinander hinzuarbeiten.
06.09.2021	Die Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« hat die Internetseite »Smart Voting« (rus.: umnoe golosowanie) der Mitstreiter des Oppositionellen Aleksej Nawalnyj in Russland gesperrt, da sie zur Unterstützung der Tätigkeit der Organisation »Fonds für Korruptionsbekämpfung« genutzt wird. Letztere wurde als extremistisch eingestuft und damit in der RF verboten.
06.09.2021	Die zweite Leitung des Amur-Gasverarbeitungsunternehmens ist in Betrieb genommen worden. Im Juni 2021 ging die erste Leitung in Betrieb. Damit ist das Unternehmen der zweitgrößte Gasverarbeitungsbetrieb weltweit mit einer Kapazität von bis zu 42 Mrd. Kubikmeter Gas im Jahr (und 7 Mrd. je Leitung). Das Unternehmen soll u. a. die erhöhte Nachfrage aus China decken und die Einspeisungskapazität in die Pipeline »Kraft Sibiriens«.
07.09.2021	Die städtische Wahlkommission St. Petersburg hat die Klage des Kandidaten der Partei »Jabloko« Boris Weschnewskijs abgewiesen. Weschnewskij ist Abgeordneter in der Stadtduma St. Petersburg und Kandidat bei den anstehenden Wahlen in die Stadt- und Staatsduma. Zwei seiner Mitbewerber hatten sich mit gleichen Vor- und Zunahmen wie Weschnewskij für die Wahlen für »Geeintes Russland« aufstellen lassen, lediglich die Vaternamen der Kandidaten unterscheiden sich. Weschnewskij hatte vor Gericht verlangt, dass beide Kandidaten auch ihre ehemaligen Namen auf das Wahlmaterial drucken sollten, um eine eindeutige Unterscheidung der Kandidaten zu ermöglichen.
08.09.2021	Mindestens drei SU-30-SM-Flugzeuge sind nach Belarus überführt worden. Dort sollen sie den Luftraum schützen und zu Schulungszwecken im gemeinsamen militärischen Ausbildungszentrum genutzt werden. Am 05.03.2021 hatten die Verteidigungsminister beider Staaten die Schaffung von drei gemeinsamen Ausbildungszentren unterzeichnet. Eines davon befindet sich in Belarus. Vom 09. bis zum 15.09.2021 findet die Militärübung »Sapad 2021« in Belarus statt.
08.09.2021	Die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, gibt bekannt, dass Menschen, die für Organisationen tätig sind, die den Status des »Ausländischen Agenten« tragen, das gleiche Recht haben als Wahlbeobachter bei den Dumawahlen eingesetzt zu werden wie alle anderen Staatsbürger. Dies kann allerdings nur in Form ihrer staatsbürgerlichen Person und nicht in Vertretung für die Organisation geschehen. Ferner dürfen auch Medien, die den Status »Ino-agent« tragen, sowohl über die Wahlkampagnen als auch über den Ablauf der Wahlen und aus Wahllokalen berichten.
09.09.2021	In der Oblast Irkutsk sind alle Waldbrände gelöscht. Seit Beginn der Brandgefahrssaison in diesem Jahr gab es dort 587 Waldbrände. Russland erlebt das zweite Jahr in Folge verheerende Waldbrände.
10.09.2021	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« fordert von den amerikanischen Tech-Giganten Apple, Google, Cloudflare und Cisco sich im Vorfeld der Wahlen an die russische Gesetzgebung zu halten. So sollen die Unternehmen auf dem Gebiet der RF den Zugang zum Webauftritt als auch der App des »Smart Votings« (rus.: umnoe golosowanie) sperren. Die Unternehmen wurden in Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission und der Generalstaatsanwaltschaft von »Roskomnadsor« dazu schriftlich aufgefordert. Zudem warnte das Außenministerium die USA u. a. im Gespräch mit dem US-amerikanischen Botschafter in Russland vor Einmischung in die anstehenden Wahlen in Russland.

10.09.2021	Die Ministerpräsidenten von Belarus und Russland haben im Ministerrat in Minsk die Abschaffung von Roaming-Gebühren auf dem Territorium des Staatenbundes beschlossen, ebenso wie die Angleichung der Gesetzgebung im Postwesen und beim Bau der Netzinfrastruktur. Einen Tag zuvor hatte Wladimir Putin sich mit dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko zu Gesprächen getroffen und eine engere Zusammenarbeit der beiden Staaten bekräftigt.
10.09.2021	Die Zentrale Wahlkommission hat 16 Kandidaten (darunter von den Parteien »Jabloko«, »Russische Partei für Freiheit und Gerechtigkeit« und »Wachstumspartei«) von den Dumawahlen ausgeschlossen und von den föderalen Listen genommen. Grund für den Ausschluss der Kandidaten war u. a. der Besitz von Aktien ausländischer Unternehmen. Zu den Ausgeschlossenen zählt auch der Unternehmer Dmitri Potapenko. In den Tagen zuvor kam es immer wieder zu Ausschlüssen von Kandidaten hauptsächlich der Partei »Jabloko«.
10.09.2021	Das Preobraschenskij-Gericht in Moskau hat die Pussy Riot-Aktivistin Maria Alechina zu einem Jahr Freiheitsstrafe wegen Anstiftung zur Missachtung sanitärer Bestimmungen im Zuge der Pandemiebekämpfung verurteilt. Zu der Regelverletzung war es bei einer Aktion der Gruppe am 23. Januar des Jahres in Moskau bei der Rückkehr von Aleksej Nawalnyj gekommen. Andere Teilnehmende wurden zuvor wegen ähnlicher Vergehen verurteilt.
10.09.2021	Das Verteidigungsministerium hat zur Nutzung und Gewähr der Sicherheit und Verteidigung des Landes einen Teil der Bucht von Sewastopol für 20 Jahre durch den Staat überlassen bekommen.
11.09.2021	Die Zentrale Wahlkommission (ZWK) wird nach den Wahlen im September kein Live-Streaming der Wahlen aus den Wahllokalen über das Internet mehr anbieten, meldet die Leiterin der ZWK.
12.09.2021	Der Sprecher der Duma, Wjatscheslaw Wolodin, hat die Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskij kritisiert. Selenskij würde die Folgen eines modernen Krieges mit Russland nicht richtig einschätzen und er solle lieber von Freundschaft und Entwicklung statt von Krieg sprechen, sagte Wolodin. Kremlsprecher Peskow äußerte sein Bedauern als Reaktion auf die Rede von Krieg.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Anastasia Stoll

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götze, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>